

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

1.22

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Die Mittel zur Bewältigung der Energiekrise werden in Italien noch gesucht; in Deutschland wurden zwei originelle Ideen umgesetzt. Zum einen wurde die Mineralölsteuer zeitweise um 0,30 € gesenkt, um die Verbraucher bei den rasant ansteigenden Benzinpreisen zu entlasten. Es wurde aber kein Gutscheinsystem gewählt, das den Verbraucher direkt begünstigt hätte, sondern die Steuerlast der Mineralölkonzerne gesenkt, in der naiven Hoffnung, diese würden die Steuerermäßigung dem Verbraucher weiterleiten. Die Benzinpreise sind dann nicht wesentlich gefallen, dafür sind die Gewinne der Mineralölkonzerne erheblich gestiegen. Es kam zur seltenen Einigkeit zwischen Regierung und Opposition, dass dieser Versuch gescheitert ist. Die zweite interessante Idee besteht in der Einführung eines 9 Euro Monatstickets für absolut jedermann, mit dem der gesamte Zugverkehr in der Bundesrepublik - mit Ausnahme der Schnellzüge – genutzt werden kann. Es wurden schon über 7 Millionen Tickets verkauft. Es bleibt mit Spannung zu erwarten, ob damit ein echter erster Schritt vom Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr gelingt. Das Experiment ist zunächst auf 3 Monate beschränkt.

In Italia si sta ancora cercando il modo di far fronte alla crisi energetica; in Germania sono già state realizzate due idee originali. In primo luogo, la tassa sul carburante è stata temporaneamente ridotta di 0,30 euro al litro di benzina per alleviare i consumatori dal rapido aumento del prezzo della benzina. Tuttavia, non è stato introdotto un sistema di voucher che sarebbe andato direttamente a beneficio del consumatore, ma piuttosto ridotto l'onere fiscale delle società produttrici di oli minerali nell'ingenua speranza che queste ultime trasferissero la riduzione delle imposte al consumatore. I prezzi della benzina non sono invece diminuiti in modo significativo, viceversa i profitti delle società petrolifere aumentano notevolmente. Raramente governo e opposizione si sono trovati d'accordo come sul fallimento di questo tentativo. La seconda idea interessante è l'introduzione di un biglietto mensile di 9 euro per tutti, con il quale si potrà utilizzare tutto il traffico ferroviario della Repubblica Federale, ad eccezione dei treni veloci. Sono già stati venduti oltre 7 milioni di biglietti. Resta da vedere se questo sarà un vero primo passo dal trasporto individuale al trasporto pubblico. L'esperimento è inizialmente limitato a 3 mesi.

Aus dem Inhalt - All'interno

Zeitgeschichte: Birne teilt aus	2
Ultime dalla Germania: Il mondo nuovo	3
Neues aus Europa: Dolmetscher müssen gut sein, Richter dürfen vorlegen	4
Ultime da Malta: Rimborso dal Casinò	5
Informationen für Kollegen: Anwaltsvertrag = Fixgeschäft!	6
Concorrenza sleale: Lotta alle false recensioni	7
Immobilienseite: Risiken für Verkäufer	8
Diritto dei trasporti: L'impatto della guerra	9
Arbeitsrecht: Japanischer Lokführer mit 1minütiger Verspätung	10
Diritto societario: Udienze in inglese	11
Umweltrecht: Terence Hill räumt auf	12
Diritto delle successioni Tutela dei legittimari comparata	13
Familienrecht: Doppelname für Kinder	14
Proprietà intellettuale: Dov'è il Metaverse?	15
Dolce Lauda on the Road!	16



Gesellschafterin oder Frisöse? (Seite 10)
Parrucchiera o azionista? (Pag. 11)

NEUES AUS ITALIEN

Renovierungszuschüsse Bonus/Superbonus

In den vorausgegangenen Ausgaben des Mandantenbriefes haben wir ausführlich über die erheblichen Zuschüsse des italienischen Staates für die Renovierung von Immobilien berichtet (Bonus/Superbonus 110%), die der Förderung der italienischen Bauwirtschaft dienen und auch von Immobilieneigentümern in Anspruch genommen werden können, die nicht in Italien wohnen und Steuern zahlen.

Leider sind viele Fördermittel zweckentfremdet worden, sodass der italienische Staat die Förderung zwar nicht abgeschafft hat, sie aber strengeren Kontrollen unterstellt. Mit Gesetzesdekret 157/2021 sind verschärfte Kontrollmöglichkeiten der Finanzbehörden eingeführt worden, die sich unter anderem an der Geldwäscherichtlinie orientieren.

Kostenerstattung für Freigesprochene

Wenn jemand in Deutschland vom Staat angeklagt wird und sich einem Strafverfahren stellen muss, so besteht auch nicht der leiseste Zweifel daran, dass er im Falle eines Freispruches die Erstattung der Kosten für seine Verteidigung erhält. Die Entscheidung ergeht von Amts wegen im Freispruch und gehört nach Auffassung vieler Juristen zum DNA eines Rechtsstaates.

Strano, ma vero (eigenartig - aber wahr), das galt bislang für Italien nicht. Nachweislich Unschuldige

blieben auf erheblichen Anwaltskosten sitzen. Erst jetzt wurde Abhilfe geschaffen und mit Art 5 Abs. 2 des „decreto interministeriale“ vom 20.12.2021 der Staatskasse die Kosten bei Freisprüchen „erster Klasse“ auferlegt, d.h. wenn der Richter feststellt, dass die angezeigte Straftat keine war oder dass der Angeklagte sie nicht begangen hat. Der Freigesprochene muss aber hierfür bis zum 31. März des Folgejahres einen entsprechenden Antrag stellen.

„Prozessbüro“ zum Abbau der Altverfahren

Aus den Next-Generation-Mitteln der EU (in Italien PNRR genannt) werden in Italien zur Zeit von den Justizbehörden Hunderte von jungen Juristen eingestellt, die den Richtern bei dem Abbau der Aktenberge helfen sollen, die sich in den Jahrzehnten aufgetürmt haben und für die Langsamkeit der italienischen Justiz sprichwörtlich geworden sind. Die Kandidaten – überwiegend Rechtsanwälte – sind als wissenschaftliche Mitarbeiter tätig; das erste aussergewöhnliche Ziel ist es, die Prozessdauer in Zivilsachen von durchschnittlich 1202 Tagen (Jahr: 2019) bis zum 30.06.2026 auf 976 Tage zu reduzieren (Quelle: Italia Oggi vom 27.01.2022). Dabei ist die Geschwindigkeit italienischer Gerichte extrem unterschiedlich; die erste Instanz kann auch nur 100 Tage dauern (Ferrara), aber auch 1800 Tage (Valle della Lucania) (Quelle hierfür: Sole 24 Ore vom 28.02.2022).

KOMMUNIKATION

Die Sprache der Anderen

Der Mandantenbrief hat sich schon wiederholt über missglückte Übersetzungen lustig gemacht, vom „Loch von Cagliari“ (Foro di Cagliari, d.h. Gerichtsort), der immer wiederkehrenden Schauspielerin in Klageschriften (Attrice) und dem Bürgermeister in Satzungen von Gesellschaften (Sindaco). Der Kaufvertrag eines großen italienischen Maklerunternehmens hat uns dennoch gezeigt, dass selbst die schlechteste Übersetzung noch unterboten werden kann.

Kennt man beide Sprachen, kann man oft leicht erraten, was ursprünglich gemeint war. Das gelingt nicht immer. Was bedeutet, wenn der „Antragsteller“ vorschlägt, „unwiderruflich zu kaufen, für sich selbst, Menschen, Wesen oder Gesellschaft nominiert werden durch die Notar Schurke des Handelns“? Der Leser, der sich hierauf einen Reim macht, gewinnt ein Mittagessen in Frankfurt am Main in dem Stammlokal der Redaktion.

Dass das „Zertifikat der Agilität“ nicht einem Sportabzeichen entsprechen soll, sondern dem „certificato di agibilità“ ist dagegen einfach zu erraten. Auch dass die Immobilie frei von Hypotheken und/oder anderen Vorurteilen verkauft werden soll, kann verstanden werden. Schwieriger wird es bei der „Euro-Kanone“. Auch hier können assoziativfähige Leser ein – weiteres – Mittagessen gewinnen.

Der Preis für die Immobilie soll immerhin 185.000 Euro betragen, dabei gilt dieser als „vereinbart und nicht abgestimmt“ (drittes Essen). Die Überschrift zum letzten Teil des Vertrages „Notarkündigung und Lie-

ferung der Immobilie“ ist wiederum nachzuvollziehen. Damit ist die Urkunde und die Übergabe gemeint.

Der Vertrag ist aber auch im Übrigen sehr lustig. So gilt: „Die Immobilie wird geliefert beschäftigt durch den Spediteur mit dem Ersatz des Käufers im laufenden Mietvertrag“ oder „Dieser Vorschlag ist für 15 Tagen ab dem Datum seines Abonnements unwiderruflich.“

Die Redaktion hat sich eine Immobilie bestellt und hofft auf baldige Lieferung. Wer den Vertrag in anonymisierter Form haben möchte, kann ihn gerne über uns beziehen.

Errata Corrige

Wir danken unserem aufmerksamen Leser, Herrn Rechtsanwalt Eugen Zdravec aus Zagreb, für den Hinweis auf einen Übertragungsfehler.

Auf Seite 6 des Mandantenbriefes Nr. 51. zitieren wir das OLG Wünnst, das es nicht gibt. Gemeint ist das OLG München!



NEUES AUS DEUTSCHLAND

Schöne neue Welt

Mercedes Benz hat das erste selbstfahrende Auto (EQS) entwickelt, die Allianz den ersten unfallschadenliquidierenden Vollautomat dazu. Wie die FAZ berichtet (17.01.2022, Seite 17), setzt die größte deutsche Versicherung bei der Regulierung von Unfallschäden jetzt vermehrt künstliche Intelligenz statt Sachbearbeiter (=Menschen!) ein. Der Versicherungsnehmer nimmt den Schaden mit seinem Smartphone auf, der mit Algorithmen gefütterte Rechner erkennt die Schäden und rechnet die Schadenssumme aus, tags darauf wird bezahlt.

Schmerzensgeldbeträge steigen

Ein erheblicher Unterschied in beiden Rechtsordnungen ist weiterhin die Höhe des Schmerzensgeldes; in Deutschland sind die zuerkannten Beträge im internationalen Vergleich sehr gering. Ist in deutschen Gerichten italienisches Recht anzuwenden und wird die Zahlung von italienischen Schmerzensgeldbeträgen beantragt, argumentieren deutsche Gerichte auch schon mit dem ordre-public-Einwand d.h., dass solche hohen Beträge schlicht dem deutschen Rechtsverständnis widersprechen würden und nicht zugesprochen werden könnten.

Langsam ist aber auch in Deutschland eine Tendenz zur Anpassung zu erkennen. Verschiedene Landgerichte haben in extremen Fällen Beträge in Höhe von 800.000,00 Euro - 1.000.000,00 Euro zugesprochen (siehe Slizyk, Konkretisierung der Schmerzensgeldbemessung in NJW 3757/21, mit Nachweisen).

Zeitgeschichte: Birne teilt aus

1982 war Helmut Kohl für viele Intellektuelle als neuer Bundeskanzler eine echte Herausforderung. Auf den rhetorisch brillanten Helmut Schmidt folgend, stieß er als lispelnder Provinzfürst zu Beginn seiner Kanzlerschaft auf echte Akzeptanzprobleme. Die satirische Zeitschrift „Titanic“ porträtierte ihn und nannte ihn – wohl aufgrund seiner Kopfform – stets nur Birne.

Dass der Kanzler der Einheit über einen kreativen Sprachschatz verfügt haben muss, lässt sich im Tatbestand des Urteils in einem Rechtsstreit zwischen seiner Witwe und einem von Kohl ursprünglich beauftragten Biografen erahnen (BGH 29.11.2021, VI ZR 248/18). Ob Helmut Kohl gegenüber seinem damaligen Biografen, die im Tatbestand des Urteils wiedergegebenen Äußerungen tatsächlich getätigt hat, ist natürlich höchst streitig. Sollten sie nicht stimmen, sind sie jedenfalls gut erfunden und unterhaltsam zu lesen:

Über Stoltenberg, Ministerpräsident und Bundesminister: „Mit solchen Leuten ist nicht gut marschieren. Und Protestant war er auch noch, das kam erschwerend hinzu.“

Über Rita Süßmuth, Bundesministerin und dann Bundestagspräsidentin: „Die Schreckschraube, die sich wegen günstiger Todesfälle in der Frauenunion hochhievt ins Kabinett“

Über Hans-Jochen Vogel, SPD-Vorsitzender: „Das sind keine Menschen, die aus dem Vollen schöpfen. Das sind asketische Typen, die vor allem ein schlechtes Gewissen haben. Bei denen wird man bestraft, bevor man gesündigt hat.“

Und auf diesem Niveau weiter, 118 Zitate über deutsche und ausländische Politiker!

ULTIME DALLA GERMANIA

Il mondo nuovo

Mercedes Benz ha sviluppato la prima auto a guida autonoma (EQS) e Allianz la prima liquidazione dei sinistri completamente automatica. Come riporta la FAZ (17.01.2022, pagina 17), la più grande compagnia di assicurazioni tedesca sta utilizzando sempre più spesso l'intelligenza artificiale al posto degli impiegati (=esser umani!) per liquidare i sinistri. L'assicurato registra il danno con il suo smartphone, il computer alimentato da algoritmi riconosce il danno e calcola l'importo del sinistro, che viene pagato il giorno successivo.

Aumentano gli importi per il danno alla persona

Significativa è la differenza tra i due sistemi giuridici del risarcimento del danno alla persona; in Germania gli importi riconosciuti sono molto bassi rispetto alla media internazionale. Nel caso in cui venga applicato il diritto italiano in Germania, i tribunali tedeschi devono affrontare non di rado l'obiezione dell'ordine pubblico per cui gli importi così elevati contraddicono la concezione tedesca del diritto.

Lentamente, tuttavia, anche in Germania si sta osservando un'inversione di tendenza. Diversi tribunali regionali hanno assegnato importi tra 800.000,00 Euro - 1.000.000,00 Euro in casi estremi (cfr. Slizyk, Konkretisierung der Schmerzengeldbemessung in NJW 3757/21).

Storia contemporanea: Birne ne ha per tutti

Nel 1982 Helmut Kohl, nuovo Cancelliere federale, rappresentò una vera e propria sfida per molti intellettuali. Successore del retoricamente brillante Helmut Schmidt, all'inizio del suo mandato da Cancelliere incontrò reali problemi di accettazione in veste di principe di provincia bleso. La rivista satirica "Titanic" lo ritraeva e lo chiamava sempre solo Birne (pera), probabilmente per la forma della testa.

Che il cancelliere della Riunificazione tedesca dovesse avere un vocabolario creativo si può desumere dall'esposizione dei fatti nella sentenza conclusiva di una controversia vertente tra la vedova e un biografo originariamente incaricato da Kohl (Corte Suprema Federale Tedesca (BGH) 29/11/2021, VI ZR 248/18). È naturalmente molto controverso se Helmut Kohl abbia effettivamente rilasciato al suo biografo le dichiarazioni riportate nei fatti della sentenza. Se tali affermazioni non sono vere, sono comunque ben inventate e divertenti da leggere:

A proposito di *Stoltenberg, Governatore e Ministro federale*: "Non è bello marciare con persone del genere. Ed era anche protestante, il che rendeva le cose ancora più difficili."

In merito a *Rita Süßmuth, Ministro federale e poi Presidente del Bundestag*: "La strega che si è fatta strada nel Gabinetto grazie alle morti propizie nell'Unione delle donne."

Riguardo a *Hans-Jochen Vogel, Presidente della SPD*: "Queste non sono persone che hanno l'imbarazzo della scelta. Sono tipi ascetici che hanno soprattutto la coscienza sporca. Con loro si viene puniti prima ancora di aver peccato."

E si continua così con altre 118 citazioni su politici tedeschi e stranieri!

ULTIME DALL'ITALIA

Sovvenzioni per la ristrutturazione Bonus/Superbonus

Nei numeri precedenti della lettera ai clienti vi abbiamo riferito nel dettaglio delle consistenti agevolazioni concesse dallo Stato italiano per la ristrutturazione degli immobili (Bonus/Superbonus fino al 110%), che servono a promuovere l'industria edilizia italiana e possono essere richieste anche dai proprietari di immobili che non vivono e non pagano le tasse in Italia.

Purtroppo, molte sovvenzioni sono state abusate tanto che lo Stato italiano non ha abolito le sovvenzioni, ma le ha sottoposte a controlli più rigidi. Il DL 157/2021 ha introdotto controlli più severi da parte delle autorità fiscali, che si basano sulle norme della direttiva antiriciclaggio.

Rimborso delle spese per le persone assolte

Se in Germania qualcuno viene accusato dallo Stato e deve affrontare un procedimento penale, non c'è nemmeno il minimo dubbio che, in caso di assoluzione, gli vengano rimborsate le spese di difesa. La decisione viene presa d'ufficio in sede di assoluzione e, secondo molti giuristi, fa parte del DNA di uno Stato di diritto.

Strano, ma vero, questo non si applicava all'Italia fino ad ora. Persone provatamente innocenti si sono ritrovate con ingenti spese legali. Solo ora si

è trovato un rimedio e, con l'art. 5 comma 2 del "decreto interministeriale" del 20.12.2021, sono stati imposti all'erario i costi per le assoluzioni di "prima classe", cioè se il reato denunciato non era un crimine o se non è dimostrato che l'imputato l'ha commesso. La persona assolta deve comunque farne richiesta (non opera "ex-ufficio") entro il 31 marzo dell'anno successivo.

"Ufficio del processo" per smantellare i vecchi casi

Centinaia di giovani avvocati sono attualmente reclutati dall'Autorità Giudiziaria in Italia grazie ai fondi Next Generation dell'UE (chiamati in Italia PNRR) per aiutare i giudici a ridurre le montagne di fascicoli che si sono accumulati nel corso dei decenni e che sono diventati proverbiali per la lentezza della magistratura italiana. I candidati - per lo più avvocati - lavorano come assistenti del giudice; il primo obiettivo proclamato è ridurre la durata dei processi nelle cause civili da una media di 1202 giorni (anno: 2019) a 976 giorni entro il 30.06.2026 (fonte: Italia Oggi del 27.01.2022). Allo stesso tempo, la velocità dei tribunali italiani è estremamente variabile; il primo grado può richiedere anche solo 100 giorni (Ferrara), ma anche 1800 giorni (Valle della Lucania) (fonte: Sole 24 Ore del 28.02.2022).

COMUNICAZIONE

La lingua degli altri

Certi articoli sono intraducibili nella rispettiva altra lingua se si tratta di ironizzare sulla qualità delle traduzioni dall'italiano in tedesco in contratti o anche atti giudiziari notificati da tribunali italiani alle autorità tedesche. Il giudice tedesco si stupisce dell'avvocato del "buco di Cagliari" (si intende il foro), del sindaco comunale che appare in ogni statuto di società di capitali (in tedesco, "sindaco" ha un significato unico), lo stesso dicasi per l'attrice teatrale o cinematografica che appare in ogni atto di citazione e che senza fantasia e conoscenza della lingua italiana il giudice non riesce proprio a identificare come controparte processuale della convenuta.

Nell'articolo in tedesco nella pagina accanto si prendono in giro le espressioni tradotte in tedesco in un contratto preliminare immobiliare proposto da un'agenzia immobiliare molto conosciuta in Italia. Al significato di certe traduzioni si può risalire solo grazie alla conoscenza dell'italiano (non a tutte), e il risultato fa senz'altro sorridere. È comunque triste notare la poca diligenza con la quale certi agenti che reclamano una consistente provvigione operano sul mercato.

Errata Corrige

Ringraziamo il nostro attento lettore, Avvocato Eugen Zdravec di Zagabria, per averci segnalato un errore di trascrizione. A pagina 6 della Lettera ai clienti n. 51. si cita la Corte d'Appello di Wünscht, che non esiste. Si tratta invece della Corte d'Appello di Monaco!



Corte d'Appello di Wünscht an der Isar

RECHT INTERNATIONALE

Deutschland vs Italien: Entschädigung für Nazi-verbrechen

Das oberste griechische Gericht, der Areopag, verurteilte die Bundesrepublik in einer Klage von zivilen Opfern der nationalsozialistischen Besetzung auf Entschädigung zu einer Zahlung. Die Bundesrepublik wandte zuvor den völkerrechtlichen Grundsatz der Staatenimmunität ein. Der Staat ist danach gegenüber dem anderen Staat verantwortlich, aber nicht gegenüber dem privaten Bürger.

Das einzige Land der EU, das die griechische Entscheidung anerkannte, war Italien; so war es den griechischen Klägern gelungen, in deutsches Eigentum in Italien (u.a. Villa Vigoni am Comer See!) zu vollstrecken. Die Bundesrepublik klagte hiergegen vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH), der sich mit Entscheidung vom 3.2.2012 der Auffassung der Bundesrepublik anschloss. Die Vollstreckung wurde eingestellt.

Viele italienische Gerichte zeigten sich aber in der Folgezeit unbeeindruckt von der Entscheidung des IGH aus dem Jahr 2012 – obwohl die italienische Regierung angekündigt hatte die Entscheidung zu respektieren – und gaben weiterhin Klagen italienischer Opfer des Naziregimes gegen die Bundesrepublik statt. Es wird argumentiert, dass die Wiedergutmachung von schwersten Menschenrechtsverletzungen, die die SS außerhalb von Kriegshandlungen begangen hat, selbst dem Völkerrecht vorgeht.

Die Bundesrepublik hat jetzt im Mai 2022 die Italienische Republik erneut vor dem IGH verklagt, um der Praxis der italienischen Gerichte ein endgültiges Ende zu setzen.

Die Redaktion des Mandantenbriefs hat – insbesondere im Völkerrecht – keinen unbeschränkten juristischen Horizont. Wir fragen uns dennoch, warum nicht eine Entscheidung des IGH (die auch durchaus falsch sein kann) für die Befriedigung der Parteien ausreicht, welche neuen Tatsachen zur Entscheidung anstehen sollen und wie eine Entscheidung des IGH einen italienischen Richter binden soll. Sollte dieser Artikel gelesen werden, zudem von einem Fachmann, wären wir für eine klärende Zuschrift dankbar.

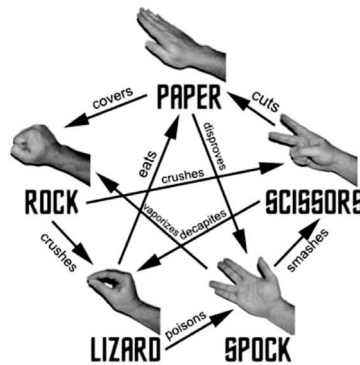
Abschiebungsverbot nach Italien

Ein somalischer Staatsangehöriger stellte in Deutschland einen Asylantrag, nach dem er in Italien schon eingereist war und auch dort einen bewilligten Antrag gestellt hatte. Er sollte daher nach den Regeln des Dubliner Abkommens nach Italien abgeschoben werden. Seine Klage gegen den Abschiebescheid hatte Erfolg: Das Oberverwaltungsgericht Münster (25.11.2021, 11 A 571/20) stellte im Rahmen von Art. 3 EMRK fest, dass Asylanten in Italien keine besondere Unterstützung erhalten würden; dass sie zwar Zugang zum Arbeitsmarkt haben würden, aber praktisch wegen der hohen Arbeitslosenzahlen keine Arbeit finden würden, dass insbesondere wegen Fehlens von sprachlicher und beruflicher Qualifikation erst recht davon auszugehen sei, dass sich der Asylant in Italien nicht selbst versorgen könne; und dass – so hat es ausdrücklich der deutsche Richter im Urteil festgehalten – man ihn auch nicht auf die in Italien verbreitete Schwarzarbeit verweisen könne.

Eine schwer zu kommentierende Entscheidung. Dass in Deutschland das Asylrecht nicht ausgehöhlt werden kann, ist sicher zu begrüßen. Auf der anderen Seite sind die Urteile über die italienischen Zustände bedrückend.

Neues aus Malta: Erstattung von Spielbankverlusten

In Deutschland sind mit Ausnahme des nördlichsten Bundeslandes, das an Dänemark grenzende Schleswig-Holstein, Onlineglücksspiele verboten. Das Verbot wird von vielen Spielern nicht befolgt, die auch außerhalb von Schleswig-Holstein an Online-Spielbanken, die größtenteils von Malta aus betrieben werden, spielen. In der letzten Zeit mehren sich Entscheidungen zugunsten von Spielern, die sich nach erheblichen Verlusten an das Verbot erinnern konnten und die Spielbank auf Erstattung verklagt haben. Dies zum Teil auch mit Erfolg: Das OLG München hat in einer Entscheidung vom 08.02.2022 (21 W 1740/21) deutlich gemacht, dass es jedenfalls hinreichende Erfolgsaussichten sieht.



Abbruch einer Geschäftsbeziehung mit einer iranischen Bank europarechtswidrig

Die Aufnahme einer Geschäftsbeziehung mit einem iranischen Unternehmen durch potentielle deutsche oder italienische Partner scheitert oft allein schon daran, dass keine deutsche oder italienische Bank den Zahlungsverkehr abwickeln möchte. Die deutsche Telekom ist dabei ein Schritt weiter gegangen und hat aus Furcht vor amerikanischen Sanktionen, die mit der iranischen „Melli-Bank“ bestehenden Verträge gekündigt.

Die iranische Bank hat gegen die Kündigung vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht geklagt, das die Frage der Rechtmäßigkeit der Kündigung dem EuGH vorgelegt hat. Dieser hat mit seiner Entscheidung vom 21.12.2021 (C-124/20) zugunsten der iranischen Bank entschieden, dass die Blocking-Verordnung der EU (EG 2271/96), die es europäischen Unternehmen unter Strafandrohung verbietet, aufgrund von befürchteten US-Sanktionen Geschäftsbeziehungen zum Iran einzustellen, auch in einem Zivilprozess geltend gemacht werden kann. Ein Unternehmen kann daher eine Geschäftsbeziehung zum Iran nur dann kündigen, wenn es darlegen kann, andernfalls unverhältnismäßige Nachteile – insbesondere wirtschaftlicher Natur – befürchten zu müssen. Das muss jetzt das Hanseatische Oberlandesgericht erst aufklären.

NEUES AUS EUROPA

EuGH: Sanktionen müssen verhältnismäßig sein

Eine österreichische Behörde verhängte wegen Nichteinhaltung mehrerer im österreichischen Arbeitsrecht vorgesehener Verpflichtungen aus der Entsenderichtlinie (Aufbewahrung und Zurverfügungstellung von Lohn- und Sozialversicherungsunterlagen) eine Geldstrafe in Höhe von 47.000 Euro (!). Das betroffene slowakische Unternehmen wandte sich an das österreichische Gericht, das wegen Zweifel an der Vereinbarkeit der Sanktionen mit dem Unionsrecht die Sache dem Gerichtshof vorlegte.

Der Gerichtshof hat zunächst festgestellt, dass Art. 20 der Richtlinie 2014/67 unmittelbare Wirkung hat, soweit er verlangt, dass die vorgesehenen Sanktionen verhältnismäßig sind; was von der hier verhängten Sanktion nicht behauptet werden konnte. Die Entscheidung ist von hohem praktischem Wert, weil sie auf alle nationalen Bußgelder angewandt werden kann, die auf Europäischem Recht basieren.

Dolmetscher müssen gut sein, Richter dürfen vorlegen

Ein schwedischer Beschuldigter wurde von einem ungarischen Richter unter Hinzuziehung eines Dolmetschers vernommen. Der Schwede verstand offensichtlich auch mit Dolmetscher keine Fragen; das lag vermutlich an den mangelnden Schwedischkenntnissen des Dolmetschers. Der ungarische Richter stellte fest, dass es in seinem Heimatrecht keine Standards dafür gibt, wer im Strafverfahren als Übersetzer oder Dolmetscher bestellt werden kann. Daher könnten weder Rechtsanwälte noch Richter die Qualität der Dolmetscherleistungen überprüfen. Der Richter entschied, den EuGH zu fragen, ob dies mit EU-Recht vereinbar sei.

Die vorgesetzte ungarische Justizbehörde leitete zunächst gegen den Richter ein Disziplinarverfahren ein, da in Ungarn offensichtlich Einmischungen aus Brüssel-Luxemburg-Straßburg nicht beliebt sind.

Der EuGH stellte zunächst fest, dass jeder Richter in der EU vorlegen dürfen müsse, ohne ein Disziplinarverfahren riskieren zu müssen. Er entschied aber auch in der Sache, dass die Mitgliedstaaten eine ausreichende Qualität der Dolmetscherleistungen gewährleisten müssen. Die beschuldigte Person müsse den gegen sie erhobenen Tatvorwurf verstehen können. Die Einrichtung eines Registers mit unabhängigen Übersetzern und Dolmetschern stelle insoweit eines der Mittel dar, um dieses Ziel zu verfolgen. Die nationalen Gerichte müssten die Qualität der Dolmetscherleistungen überprüfen können.

Verkündung von EuGH Entscheidungen: Live im Internet!

Der EuGH überträgt die Verkündung der Entscheidungen der großen Kammer ab sofort im Internet. Hier der Link: https://curia.europa.eu/jcms/jcms/p1_1477137/en/

ULTIME DALL'EUROPA

CGUE: le sanzioni devono essere proporzionate

Con una diffida, l'autorità austriaca competente ha comminato una sanzione di 47.000 euro (!) per l'inosservanza di diversi obblighi previsti dalla direttiva sul distacco dei lavoratori e previsti dal diritto del lavoro austriaco (conservazione e messa a disposizione del libro paga e dei registri previdenziali).

La società slovacca si è rivolta al tribunale austriaco, che ha deferito la questione alla Corte di giustizia a causa dei dubbi sulla compatibilità delle sanzioni con il diritto dell'Unione.

La Corte di giustizia ha innanzitutto ritenuto che l'art. 20 della direttiva 2014/67 abbia effetto diretto nella misura in cui richiede che le sanzioni previste siano proporzionate, cosa che non si può dire della sanzione imposta nel caso di specie.

La decisione ha un alto valore pratico perché può essere applicata a tutte le sanzioni nazionali basate sul diritto europeo.

Gli interpreti devono essere bravi, i giudici possono rinviare

Un imputato svedese è stato interrogato da un giudice ungherese con l'aiuto di un interprete. A quanto pare, lo svedese non ha capito nessuna domanda nemmeno con l'interprete e questo è probabilmente dovuto alla scarsa conoscenza dello svedese da parte dell'interprete. Il giudice ungherese ha osservato che nella sua legge nazionale non esistono standard per chi può essere nominato traduttore o interprete in un procedimento penale. Pertanto, né gli avvocati né i giudici potevano verificare la qualità dei servizi dell'interprete. Il giudice ha deciso di chiedere alla Corte di giustizia europea se ciò fosse compatibile con il diritto dell'UE.

L'autorità giudiziaria superiore ungherese ha dapprima avviato un procedimento disciplinare contro il giudice, dato che le interferenze da Bruxelles-Lussemburgo-Strasburgo evidentemente non sono popolari in Ungheria.

La Corte di giustizia europea ha innanzitutto stabilito che il diritto di rinvio di qualsiasi giudice dell'UE preclude il procedimento disciplinare. Tuttavia, ha anche stabilito nel merito che gli Stati membri devono garantire una qualità sufficiente del servizio di interpretariato. L'imputato deve essere in grado di comprendere l'accusa che gli viene rivolta. A questo proposito, l'istituzione di un registro di traduttori e interpreti indipendenti è uno dei mezzi per perseguire questo obiettivo. I tribunali nazionali devono essere in grado di verificare la qualità dei servizi degli interpreti.

Adozione delle decisioni della Corte di giustizia europea: In diretta su Internet!

La Corte di giustizia europea trasmette ora le decisioni della Grande Camera su Internet. Ecco il link: https://curia.europa.eu/jcms/jcms/p1_1477137/en/

DIRITTO INTERNAZIONALE

Divieto di deportazione in Italia

Un cittadino somalo ha presentato domanda di asilo in Germania dopo essere già precedentemente entrato in Italia e aver presentato anche lì una domanda di asilo a cui era stata data esito positivo. Doveva quindi essere rimpatriato in Italia secondo le regole della Convenzione di Dublino. Il suo ricorso contro la decisione di espulsione è stato accolto: il Tribunale amministrativo superiore di Münster (con decisione del 25.11.2021, 11 A 571/20) ha ritenuto che in base all'art. 3 CEDU i richiedenti asilo politico non ricevono alcun sostegno speciale in Italia; che hanno accesso al mercato del lavoro, ma non sono praticamente in grado di trovare un'occupazione a causa degli alti tassi di disoccupazione ivi presenti; che, soprattutto a causa della mancanza di qualifiche linguistiche e professionali, era da presumere che il richiedente asilo non sarebbe stato in grado di mantenersi in Italia; e che - come il giudice tedesco ha esplicitamente affermato nella sentenza - non si poteva nemmeno fare riferimento al lavoro in nero diffuso in Italia.

Difficile commentare tale decisione. Il fatto che il diritto d'asilo non possa essere compromesso in Germania è certamente da accogliere con favore, ma non va nascosto che i giudizi espressi sulle asserite condizioni italiane siano a dir poco preoccupanti.

Germania vs Italia: risarcimento per i crimini nazisti

La somma istanza in Grecia, l'Aeropag, ha ordinato alla Repubblica Federale Tedesca di pagare un risarcimento in una causa intentata dalle vittime civili dell'occupazione nazista. La Repubblica federale tedesca non ha negato la propria responsabilità per i crimini di guerra commessi, ma ha invocato il principio dell'immunità dello Stato in base ai principi di diritto internazionale, per effetto dei quali uno Stato è responsabile nei confronti di altro Stato, ma non nei confronti dei cittadini privati.

L'unico Paese dell'UE a riconoscere la decisione greca è stata l'Italia; così i ricorrenti greci sono riusciti a far valere il relativo diritto di proprietà su beni siti in Italia (Villa Vigoni sul Lago di Como!). La Repubblica federale Tedesca ha presentato un ricorso alla Corte internazionale di giustizia dell'Aia (CIG), che ha accolto la posizione della Repubblica federale Tedesca nella sua decisione del 3.2.2012.

Tuttavia, molti tribunali italiani non sono rimasti impressionati dalla decisione della CIG del 2012 - anche se il governo italiano aveva annunciato che avrebbe rispettato la decisione - e hanno continuato a sostenere le richieste di risarcimento presentate dalle vittime italiane del regime nazista contro la Germania. Si sostiene che i risarcimenti per le più gravi violazioni dei diritti umani commesse dalle SS al di fuori del contesto delle operazioni belliche hanno la precedenza persino sul diritto internazionale.

Da parte sua, la Repubblica federale tedesca ha citato la Repubblica italiana davanti alla Corte internazionale di giustizia nel maggio 2022 per porre definitivamente fine alla pratica dei tribunali italiani.

Chi scrive non vanta infinite conoscenze giuridiche, in particolare nel diritto internazionale pubblico, si chiede comunque perché una decisione della CIG (che potrebbe anche essere sbagliata) non sia sufficiente a soddisfare le parti, quali nuovi fatti debbano essere presentati per la decisione e come una decisione della CIG possa vincolare un giudice italiano. Invitiamo esperti del settore a fornire chiarimenti che saremmo lieti di condividere nella prossima edizione.

Ultime da Malta: Rimborso delle perdite dei casinò

In Germania, ad eccezione della regione federale più settentrionale confinante con la Danimarca - lo Schleswig Holstein - il gioco d'azzardo online è vietato. Il divieto non è rispettato da molti giocatori che giocano anche al di fuori dello Schleswig-Holstein nei casinò in rete, la maggior parte dei quali vengono gestiti da Malta. Negli ultimi tempi si sono moltiplicate le decisioni a favore dei giocatori che, dopo aver subito perdite considerevoli, hanno ricordato il divieto e hanno fatto causa al casinò per ottenere il rimborso: in una decisione dell'08.02.2022 (21 W 1740/21), la Corte di Appello di Monaco di Baviera ritiene che la pretesa possa avere successo.

**L'interruzione di un rapporto commerciale con una banca iraniana contrasta con il diritto europeo**

L'avvio di un rapporto commerciale con un'azienda iraniana da parte di potenziali partner tedeschi o italiani spesso fallisce semplicemente perché nessuna banca tedesca o italiana vuole gestire le transazioni di pagamento. La Telekom tedesca ha fatto un ulteriore passo avanti e ha rescisso i contratti esistenti con la "Melli Bank" iraniana per paura delle sanzioni americane.

La banca iraniana ha presentato un ricorso contro il recesso presso la Corte d'appello Anseatica, che ha sottoposto la questione alla Corte di giustizia europea. Nella decisione del 21 dicembre 2021 (C-124/20), quest'ultima ha stabilito a favore della banca iraniana che il cd. "Regolamento di blocco" dell'UE (CE 2271/96), che vieta alle imprese europee - pena l'irrogazione di sanzioni penali - di interrompere le relazioni commerciali con l'Iran a causa delle temute sanzioni statunitensi, può essere invocato anche in sede civile. Un'azienda può quindi interrompere un rapporto commerciale con l'Iran solo se può dimostrare che altrimenti teme svantaggi sproporzionati, soprattutto di natura economica. Alla Corte di Appello Anseatica il compito di chiarire il punto.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Ausnahmen vom Provisionsverbot

§ 49 Abs. 3 Bundesrechtsanwaltsordnung regelt das sogenannte Provisionsverbot. Danach ist dem Rechtsanwalt die Abgabe und Entgegennahme eines Teils der Gebühren oder sonstiger Vorteile für die Vermittlung von Aufträgen untersagt. So wies das Landgericht München I eine Klage eines Marketingunternehmens gegen einen Rechtsanwalt ab, für den es auf Provisionsbasis Mandanten im Internet akquirierte. Es ging – wie so oft vor deutschen Gerichten – um das sogenannte Dieselgate, der Rechtsanwalt suchte Mandanten mit den entsprechenden VW-, Audi-, etc. Motoren.

Das OLG München war anderer Meinung und verurteilte den Rechtsanwalt zu zahlen. Aus dem Provisionsverbot seien pauschale Entgelte des Rechtsanwalts ausgenommen, die dieser für die Bereitstellung von Infrastruktur zahle, die es potentiellen Auftraggebern ermögliche, ihn zu mandantieren (Entscheidung vom 13.10.2021, 7 U 5998/20).

Die Grenzen des Verbots sind fließend und nicht immer nachzuvollziehen. Im entschiedenen Fall hatten die potentiellen Mandanten gegenüber dem Marketingunternehmen bereits ihre Bereitschaft erklärt, einen Rechtsanwalt zu beauftragen und ihre Daten zur Verfügung gestellt. Das OLG nimmt hier die feinfühligere Unterscheidung zwischen der Vermittlung von Mandanten und der von „Interessenten“ vor.



Verträge von Zauberhand

Ein Traum vieler Kollegen wurde wahr: Eine Software generiert Verträge vollkommen selbstständig, der Nutzer muss nur im Multiple-Choice-Verfahren einige Fragen beantworten, so dass sich die geistige und kreative Eigenleistung bei der Vertragsgestaltung in Grenzen hält.

Die Rechtsanwaltskammer Hamburg sah hierin eine Gefahr für unseren Berufsstand und hielt die Software (smartlaw) für eine unzulässige Rechtsdienstleistung nach § 2 Abs. 1 Rechtsdienstleistungsgesetz, die allein Rechtsanwälten vorbehalten sei. Der BGH teilte mit seiner Entscheidung vom 9. September 2021 (I ZR 113/20) diese Auffassung nicht, da dem Nutzer erkennbar sei, dass hier keine besondere Fachkunde angeboten werden würde. Die Software ist damit frei erhältlich.

Angemessene Vergütung

Der italienische Gesetzgeber garantiert dem Rechtsanwalt eine angemessene Vergütung (Equo Compenso) für seine Leistungen (Art. 19 quaterdecies des Gesetzesdekrets vom 16.10.2017, Nummer 148 – Gesetz 172). Ratio des Gesetzes ist es, den in Vertragsverhandlungen gegenüber (beispielsweise) großen

Banken und Versicherungen wirtschaftlich unterlegenen Freiberufler zu schützen. Erstaunlich ist, dass sich die öffentliche Verwaltung, eine der Adressatinnen des Gesetzes, nicht immer daran hält.

Eine Gemeinde aus der Provinz Brescia hatte einen Rechtsanwalt mit der Vertretung in einem Verwaltungsrechtsstreit beauftragt um mit ihm ein sehr bescheidenes Honorar von 3.200 Euro vereinbart. Das Verwaltungsgericht (TAR Lombardia sez, Brescia, 20.12.2021, 1088/21) sieht keinen Verstoß gegen den „Equo Compenso“, da Gemeinde und Rechtsanwalt das Honorar auf gleicher Ebene stehend vereinbart hätten und die Gemeinde keine besondere Vertragsmacht ausgeübt hätte.

Dagegen hat das Verwaltungsgericht Kampanien (TAR Campania vom 18.02.2022, 1114/22) eine Ausschreibung der Region für Kampanien für unwirksam erklärt, in der der Zuschlag für Rechtsanwälte erfolgen sollte, die ihre Leistungen unter der angemessenen Vergütung anbieten würden. Klägerin war die Rechtsanwaltskammer Rom, die hier auch außerhalb ihres Kammerbezirks tätig wurde. Ihre Aktivlegitimation wurde anerkannt, da hier Interessen der gesamten Anwaltschaft auf dem Spiel standen.

Anwaltsvertrag: Fixgeschäft!

Wie allgemein bekannt, ist der Anwaltsvertrag nach deutschem Recht ein Dienstvertrag und kein Werkvertrag. Der Mandant hat also keinen Anspruch auf einen nützlichen Erfolg, sondern nur auf eine (hoffentlich sinnvolle) Tätigkeit. Dass aber auch diese Abgrenzung eine Grenze hat, wurde durch das OLG Düsseldorf (12.10.2021, 24 U 265/20) festgestellt: Würde danach ein Rechtsanwalt ein schriftliches Gutachten über eine bestimmte Rechtsfrage übernehmen und das Gutachten so spät erstellen, dass sich in der Zwischenzeit alle Fragen von selbst erledigt hätten, könne auch ein Werkvertrag in Form eines Fixgeschäftes vorliegen. Es läge dann keine ordnungsgemäße Leistung mehr vor, die der Mandant dann auch nicht bezahlen müsse.

Neue Gebührenordnung mit Zeithonorar

Hier ist Italien dem deutschen Gesetzgeber wieder voraus. Die Vergütung nach Zeithonorar wird in die gesetzliche Gebührenordnung eingeführt. Es gelten Rahmenwerte von 200 Euro/h min bis zu 500 Euro/h max.

Gerichtliche Videoverhandlungen: Teilnahme aus dem Ausland

Covid hat gerichtliche Videoverhandlungen in Deutschland erst populär gemacht. Einige Gerichte sind auf den Geschmack gekommen und terminieren auch nach Corona online.

Eine bislang nicht geklärte Frage ist, ob der Rechtsanwalt auch aus dem Ausland an der Videoverhandlung teilnehmen kann. Die herrschende Meinung in Deutschland scheint sich dagegen auszusprechen, da die territoriale Souveränität des Gerichts an der Staatsgrenze enden würde. Erfreulicherweise wurde dies vom Verwaltungsgericht Freiburg (11.03.2022, 10 K 4411/19) anders gesehen, das den Parteien und ihrem Rechtsanwalt ausdrücklich gestattet hat, der Verhandlung aus der Schweiz beizuwohnen.

VERBRAUCHERRECHT

Italien: Neue Class Action in Kraft

Die mit Gesetz 31/2019 schon vor über drei Jahren eingeführte neue Class Action ist jetzt in Italien auch tatsächlich in Kraft. Mit Veröffentlichung des Registers der klagebefugten Einrichtungen durch ein Ministerialdekret des Justizministeriums vom 27.04.2022 kann es losgehen. Der Mandantenbrief berichtete schon über das neue Institut, das nicht nur Verbrauchern vorbehalten ist und bei dem sich interessierte Betroffene auch nach einer Entscheidung in das Register der Begünstigten eintragen können.

Deutschland: Erste grenzüberschreitende Musterfeststellungsklage

Wie bereits berichtet, führt die Kanzlei Dolce Lauda die erste Musterfeststellungsklage in Deutschland nach deutschem Recht für eine ausländische Körperschaft, die Verbraucherzentrale Südtirol, durch. Das Register für Musterfeststellungsklagen ist öffentlich und das von uns geführte Verfahren kann unter dem Link https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Klagerregister/Klagen/202008/Klag-RE_8_2020_node.html eingesehen werden.

Die Nutzung dieser deutschen Class Action bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Das Justizministerium ging von 200-300 Klagen im Jahr aus, bislang wurden in den letzten dreieinhalb Jahren nur 23 Verfahren anhängig. Das liegt unter anderem daran, dass nur Feststellungsklagen zulässig sind und dass der individuelle Schadensersatz erst in einem weiteren Verfahren geltend gemacht werden muss.

Neue Sammelklage bis Dezember 2022 erwartet

Die Richtlinie EU 1828/2020 gibt der Bundesrepublik auf, bis Dezember 2022 eine Verbandsklage einzuführen, die dann zu einer direkten Befriedigung des Verbrauchers führen soll. Mit der Klage kann Schadensersatz, Reparatur, Ersatzleistung, Preisminderung, Vertragsauflösung oder Erstattung des gezahlten Preises geltend gemacht werden.

Kampf der Fakebewertungen

Die Auswahl eines Restaurants, eines Hotels, eines Handwerkers oder auch eines Rechtsanwaltes erfolgt heutzutage auf der Grundlage von Kundenbewertungen anderer Verbraucher im Netz oder auf social media. Leider sind viele dieser Bewertungen gefaked: das Restaurant oder der Dienstleister bewerten sich über Tarnnamen selbst oder versprechen ihren Kunden für positive Bewertungen Gegenleistungen und erhalten so wohlwollende Kommentare.

Am 28.05.2022 ist in Deutschland eine Gesetzesänderung in Kraft getreten, die dem Bewertungsfake Einhalt gebieten soll. Nach § 5 Abs. 3 UWG in der neuen Fassung muss der Unternehmer sicherstellen, dass die veröffentlichten Bewertungen nur von solchen Verbrauchern stammen, die die Waren oder Dienstleistungen tatsächlich genutzt oder erworben haben. Der Unternehmer muss daher imstande sein, dem Verbraucher mitzuteilen, von wem die Bewertung stammt. Das bedeutet wiederum, dass er zuvor die Echtheit der Bewertung prüfen muss. Er muss sicherstellen, dass der bewertende Verbraucher die Ware oder die Dienstleistung tatsächlich genutzt oder erworben hat.

DIRITTI DEL CONSUMATORE

Italia: in vigore la nuova class action

La nuova class action introdotta dalla Legge 31/2019 più di tre anni fa è entrata ora anche effettivamente in vigore in Italia grazie all'istituzione dell'elenco delle organizzazioni e associazioni legittimate a proporre l'azione di classe con DM del Ministero della Giustizia del 27.04.2022. Il nuovo istituto non è riservato solo ai consumatori; le parti interessate possono iscriversi nell'elenco dei beneficiari anche dopo una decisione.

Germania: prima class action cross border

Lo Studio Legale Dolce Lauda sta conducendo la prima azione collettiva cross border in Germania. Il registro delle Musterfeststellungsklagen è pubblico e il procedimento che stiamo conducendo può essere visualizzato all'indirizzo https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Klageregister/Klagen/202008/KlagRE_8_2020_node.html.

Il ricorso a questa class action tedesca è rimasta al di sotto delle aspettative. Il Ministero della Giustizia si aspettava 200-300 cause all'anno, ma finora negli ultimi tre anni e mezzo sono stati radicati solo 23 procedimenti. Ciò è dovuto in parte al fatto che sono ammissibili solo azioni di mero accertamento e che il risarcimento dei danni individuali deve essere richiesto in un ulteriore giudizio.

Nuova azione collettiva prevista entro dicembre 2022

La direttiva UE 1828/2020 prevede che la Repubblica Federale Tedesca introduca un'azione collettiva entro dicembre 2022, che dovrebbe portare alla soddisfazione diretta del consumatore. L'azione può essere utilizzata per richiedere il risarcimento dei danni, la riparazione, la sostituzione, la riduzione del prezzo, la risoluzione del contratto o il rimborso del prezzo pagato.

La lotta contro le false recensioni

Al giorno d'oggi, la scelta di un ristorante, di un hotel, di un artigiano o persino di un avvocato viene fatta sulla base delle recensioni di altri consumatori su Internet o sui social media. Purtroppo, molte di queste recensioni sono false: il ristorante o l'operatore in questione si valutano usando nomi falsi o promettono ai loro clienti prestazioni in cambio di recensioni positive, ricevendo così commenti favorevoli.

Il 28/05/2022 è entrata in vigore in Germania una norma che pone fine alla falsificazione delle recensioni. Il nuovo testo del § 5, c. 3 della Legge contro la concorrenza sleale (UWG) prevede che il professionista debba garantire che le recensioni pubblicate provengano solo da consumatori che hanno effettivamente utilizzato o acquistato i beni o i servizi. Il professionista deve quindi essere in grado di dire al consumatore da chi proviene la recensione. Ciò significa che deve prima verificare l'autenticità della recensione e assicurarsi che il consumatore che scrive la recensione abbia effettivamente utilizzato o acquistato i beni o i servizi.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Eccezioni al divieto di provvigione

Il § 49 (3) della legge federale tedesca sugli avvocati disciplina il cosiddetto divieto di provvigione. In base a questo, è vietato all'avvocato di dare o ricevere una parte degli onorari o altri benefici per il procacciamento di incarichi. Così, il Tribunale di Monaco I ha respinto un'azione legale intentata da una società di marketing contro un avvocato per il quale aveva acquisito clienti su Internet sulla base di provvigioni. Si trattava -come spesso accade nei tribunali tedeschi- di un caso che riguardava il cosiddetto Dieselgate; l'avvocato cercava clienti che avevano motori VW, Audi, ecc.

La Corte d'Appello (OLG) di Monaco era però di altra opinione e ha condannato l'avvocato a pagare. Il divieto di provvigioni escludeva gli onorari forfettari versati dall'avvocato per la fornitura di infrastrutture che consentivano ai potenziali clienti di conferirgli un mandato (decisione del 13.10.2021, 7 U 5998/20).

I confini del divieto sono fluidi e non sempre comprensibili. Nel caso deciso, i potenziali clienti avevano già dichiarato alla società di marketing la loro volontà di rivolgersi a un avvocato e avevano fornito i loro dati. La Corte d'Appello fa qui una delicata distinzione tra la segnalazione di clienti e di "interessati".

Contratti per bacchetta

Il sogno di molti colleghi si è avverato: un software genera contratti in modo completamente autonomo, l'utente deve solo rispondere ad alcune domande in una procedura multiple choice in modo da limitare il contributo intellettuale e creativo personale alla stesura del contratto.

L'Ordine degli Avvocati di Amburgo ha ritenuto che ciò costituisca un pericolo per la nostra professione e ha considerato il software (smartlaw) un servizio legale non ammissibile ai sensi del § 2, co. 1, della Legge tedesca sui servizi legali, riservati esclusivamente agli avvocati. Nella sua decisione del 9 settembre 2021 (I ZR 113/20), la Suprema Corte Federale tedesca (BGH) non ha condiviso questo punto di vista, in quanto in questo caso era riconoscibile per l'utente che non veniva offerta alcuna competenza speciale. Il software è quindi liberamente disponibile.

Equo Compenso

Il legislatore italiano garantisce all'avvocato un compenso adeguato per i suoi servizi (art. 19 quaterdecies del Decreto Legge del 16.10.2017, n. 148 - Legge 172). La ratio della legge è quella di tutelare il professionista che è economicamente inferiore nelle trattative contrattuali rispetto (ad esempio) alle grandi banche e alle compagnie di assicurazione. È sorprendente che la pubblica amministrazione, uno dei destinatari della legge, non sempre la rispetti.

Un comune della provincia di Brescia aveva incaricato un avvocato di rappresentarlo in una controversia amministrativa e aveva concordato con lui un onorario relativamente modesto di 3200 euro. Il tribunale amministrativo (TAR Lombardia sez. Brescia, 20.12.2021, 1088/21) non ha ravvisato alcuna violazione dell'"Equo Compenso", in quanto il Comune e l'avvocato avevano concordato l'onorario su un

piano di parità e il Comune non aveva esercitato alcun potere contrattuale speciale.

D'altra parte, il Tribunale amministrativo della Campania (TAR Campania del 18.02.2022, 1114/22) ha dichiarato invalido un bando di gara indetto dalla Regione Campania, in cui si prevedeva l'aggiudicazione ad avvocati che offrivano i loro servizi per un compenso inferiore all'equo. Il ricorrente è l'Ordine degli avvocati di Roma, che in questo caso ha agito anche al di fuori della propria circoscrizione camerale. Il suo diritto di agire in giudizio è stato riconosciuto, in quanto erano in gioco gli interessi dell'intera professione forense.

Contratto con l'avvocato: Vincolo fisso!

Come è generalmente noto, il contratto dell'avvocato nel diritto tedesco è un contratto di servizi e non un contratto d'opera. Il cliente non ha quindi diritto a un risultato utile, ma solo a un'attività (auspicabilmente utile). Tuttavia, il fatto che anche questa delimitazione ha un limite, lo ha stabilito la Corte d'Appello di Düsseldorf (12.10.2021, 24 U 265/20): In base a ciò, qualora un avvocato assumesse l'incarico di redigere una perizia su una certa questione giuridica e la perizia giungesse così tardi che nel frattempo tutte le questioni si fossero risolte da sole, si potrebbe ritenere che si tratti di un contratto d'opera sotto forma di transazione fissa. In questo caso, non ci sarebbe una prestazione adeguata, per la quale il cliente non dovrebbe pagare.

Nuovo tariffario con onorario a tariffa oraria

In questo caso, l'Italia è di nuovo in vantaggio rispetto al legislatore tedesco. La remunerazione sulla base di una tariffa oraria degli onorari è stata introdotta nel tariffario legale. Si applicano valori da un minimo di 200 Euro l'ora, fino a un massimo di 500 Euro.



Audizioni giudiziarie online: Partecipazione dall'estero

Covid ha reso popolari le udienze video in Germania. Alcuni tribunali ci hanno preso gusto e proseguono con le udienze online anche dopo la pandemia.

Una questione che non è ancora stata chiarita è se l'avvocato possa partecipare all'udienza video anche dall'estero. L'opinione prevalente in Germania sembra essere contraria, in quanto la sovranità territoriale del tribunale terminerebbe al confine di Stato. Fortunatamente, il Tribunale amministrativo di Friburgo è di diverso avviso (decisione del 11.03.2022, 10 K 4411/19), consentendo espressamente alle parti e al loro avvocato di partecipare all'udienza dalla Svizzera.

IMMOBILIENSEITE

Risiken für Immobilienverkäufer:

Rücktritt vom Vorvertrag, wenn der Verkäufer nicht erklärt, dass die Immobilie gepfändet ist. Verkäufer zur Rückzahlung der doppelten „caparra“ verurteilt (Cass. 12032/2022)

Bei Immobilienverkäufen wird oft - und zu Recht - vom Schutz des Käufers oder von den mit dem Kauf einer Immobilie verbundenen Risiken gesprochen. Dabei werden manchmal die Risiken vergessen, denen der Verkäufer ausgesetzt sein kann, insbesondere wenn im Vorvertrag keine wahrheitsgemäßen Erklärungen über negative Eintragungen oder zur städtebaulichen und katastermäßigen Konformität der Immobilie abgegeben werden.

In dem obengenannten Urteil des italienischen Kassationshofes vom 13. April 2022 wurde entschieden, dass das Fehlen von Informationen im Vorvertrag über ein Vollstreckungsverfahren in Bezug auf die zu verkaufende Immobilie einen „schwerwiegenden Verstoß mit definitivem Charakter“ darstellt.

Der Umstand, dass der Rücktritt vor Ablauf der im Vorvertrag festgelegten Frist erfolgt ist, wird im Hinblick auf die schwerwiegende Vertragsverletzung der anderen Vertragspartei als unerheblich angesehen. Die Schwere der Vertragsverletzung würde dadurch nicht gemindert, da der Verkäufer die Möglichkeit hat, die negative Eintragung vor Ablauf der Frist zu löschen.

Im vorliegenden Fall hatten zwei Personen einen Vorvertrag abgeschlossen, und die verkaufende Partei hatte erklärt, dass die zum Verkauf stehende Immobilie frei von Lasten und Beschränkungen sei, während die Immobilie seit zwei Jahren Gegenstand

eines Vollstreckungsverfahrens war. Der Käufer hatte einen Betrag von etwa 500.000 Euro als Anzahlung (und Haftgeld) geleistet.

Die kaufversprechende Partei erlitt einen Schaden, da sie keinen Bankkredit erhalten konnte, der ihr von der Bank gerade wegen des Vollstreckungsverfahrens verweigert worden war.

Daher wurde der Verkäufer gemäß Artikel 1385 cc 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs dazu verurteilt, dem potentiellen Käufer das Doppelte der Anzahlung - in Höhe von etwa 1 Million Euro - zurückzuzahlen.

Daher ist es auch äußerst wichtig, dass der Verkäufer vor der Unterzeichnung einer schriftlichen Verkaufsvereinbarung, auch wenn sie von einem Immobilienmakler verfasst wurde, den Zustand der Immobilie überprüft oder überprüfen lässt und der Käufer davon Kenntnis hat.

In solchen Fällen ist es auch schwierig, von dem beauftragten Immobilienmakler eine Entschädigung zu verlangen, wenn der Auftrag keine Mandatierung zur Überprüfung von Immobilienregister und Kataster enthält. Die Einstufung des Vertrags (nur) als Vermittlungsvertrag, ohne weitere Mandatierung, wie in der Kassationsentscheidung 19294/20 dargelegt, befreit den Immobilienmakler von der Entschädigungspflicht, da in diesem Fall kein Auftrag zur Durchführung von Kataster- und Immobilienregisterrecherchen erteilt wurde.

Grundsteuerreform

Die Grundsteuer wird in Deutschland von den Städten und Gemeinden, in deren Gebiet sich der

Grundbesitz befindet, erhoben, und die Einnahmen fließen auch ausschließlich den Städten und Gemeinden zu.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 10. April 2018 die gesetzlichen Regelungen zur Grundsteuer für unvereinbar mit dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes erklärt. Ausschlaggebend für das Urteil waren die steuerlichen Ungleichbehandlungen von Grundvermögen aufgrund nicht durchgeführter Aktualisierungen der Besteuerungsgrundlagen über einen langen Zeitraum.

Die Grundsteuer muss nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts neu geregelt werden. Die bisherigen, jahrzehntelang unveränderten Einheitswerte müssen ab 2025 durch eine neue Bemessungsgrundlage ersetzt werden.

Alle Eigentümerinnen und Eigentümer - egal ob von kleinen Wohnungen, großen Häusern, bebauten oder unbebauten Grundstücken - sind dazu verpflichtet, dieses Jahr beim Finanzamt eine Sondersteuererklärung abzugeben.

Welche Daten die Eigentümer in der Steuererklärung angeben müssen, ist nicht bundeseinheitlich geregelt. Zwar hatte der Bundestag 2019 das sogenannte Bundesmodell beschlossen, die Bundesländer durften aber davon abweichen und ein eigenes System entwickeln.

Die Erklärung zum Grundsteuermessbetrag muss im Zeitraum zwischen dem 1. Juli und dem 31. Oktober 2022 eingereicht werden.

Die Erklärung muss elektronisch via ELSTER eingereicht werden. Nur in Ausnahmen darf sie auch per Papier eingereicht werden.

TRANSPORTRECHT

Italien:

Wichtige Reformen im Speditions- und Transportrecht

Die Änderung des Zivilgesetzbuches in Bezug auf Verkehr und Schifffahrt

Mit dem Gesetzesdekret Nr. 152/2021, das mit Änderungen in das Gesetz Nr. 233/2021 umgewandelt wurde, wurden einige Bestimmungen des Codice Civile (cc), die den Bereich Transport und Spedition betreffen, aktualisiert und/oder geändert:

- die Beschränkung der vom Beförderer zu leistenden Entschädigung, die sich früher ausschließlich auf den Straßenverkehr bezog, wurde auf weitere Beförderungsarten ausgedehnt: für den nationalen oder internationalen Luft-, See-, Fluss- und Schienenverkehr wird nun ausdrücklich auf die besonderen Gesetze und die einschlägigen internationalen Übereinkommen verwiesen (Art. 1696 c.c.);
- bei intermodalen Transporten, sofern - was häufig der Fall ist - nicht festgestellt werden kann, auf welchem Transportabschnitt der Schaden eingetre-

ten ist (Art. 1696 des Zivilgesetzbuches), wird der Beförderer verpflichtet sein, den entstandenen Schaden iHv 1 Euro/kg Bruttogewicht für den innerstaatlichen Transport bzw. iHv 3 Euro/kg Bruttogewicht für den internationalen Transport zu ersetzen;

- im Speditionsvertrag: Der Spediteur kann nunmehr in Erfüllung des ihm vom Absender erteilten Auftrags entweder im eigenen Namen und für Rechnung des Absenders oder im Namen und für Rechnung des Absenders selbst Beförderungsverträge abschließen, und zwar auch für mehrere Beförderungsverträge (Art. 1737 ZGB);
- die Pflichten des Absenders gegenüber dem Spediteur, wonach Letzterer nunmehr auch hinsichtlich des Versicherungsschutzes für die Beförderung konkret zu beauftragen ist und dem Spediteur überlassen bleibt, die für den konkreten Fall beste Deckung zu wählen (Art. 1739 ZGB);
- der Spediteur im Selbsteintritt, für den jetzt explizit auf die Vorschriften des Art. 1696 c.c. verwiesen wird, einschließlich der Entschädigungsobergrenzen (Art. 1741 c.c.)
- über die besonderen Privilegien des Spediteurs, die denjenigen des Frachtführers gleichgestellt werden (Art. 2761 c.c.). MB

Die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die ital. Transportbranche: Der ital. Gesetzgeber regelt erstmalig den Tausch von Paletten

Der ital. Gesetzgeber hat die Umsetzung des Gesetzesdekrets Nr. 21 vom 21. März 2022 über Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und humanitären Auswirkungen der Krise in der Ukraine durchgeführt und in den neu hinzugefügten Artikeln 17a, 17b und 17c, erstmalig Vorschriften für den Palettentausch eingeführt. Dies vor dem Hintergrund, dass sowohl Ukraine als auch Russland wichtige Lieferländer für Holz und Paallets sind und aufgrund des Krieges die Lieferung seit Februar unterbrochen wurde. Um dem weiteren Anstieg der Preise entgegenzuwirken und eine Versorgung von Paallets zu ermöglichen um den Transportsektor nicht brach zu legen wurden genaue Regeln bezüglich des Tauschs der Paallets Paletten aufgeführt. Jede Vereinbarung, die den Bestimmungen des Gesetzesdekrets zuwiderläuft, ist nichtig. Eine bereits beim ital. Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung bestehende Abteilung übernimmt entsprechende Überwachungsfunktionen. Nähere Einzelheiten können unserer Homepage/Blog entnommen werden. MB

PAGINA IMMOBILIARE

Rischi per venditori:

Legittimo il recesso dal preliminare se il venditore non dichiara che il bene è pignorato. Venditore condannato a restituire il doppio della caparra (Cass. 12032/2022)

Nella compravendita immobiliare si parla spesso, anche giustamente" di tutela dell'acquirente o dei rischi legati all'acquisto di un bene immobile, dimenticando a volte dei rischi a cui può andare incontro il venditore, soprattutto nel caso in cui vengono omesse nel contratto preliminare dichiarazioni veritiere relative allo stesso ipotecario o di conformità urbanistica e catastale dell'immobile.

Nella sentenza in esame del 13 aprile 2022 la Corte di Cassazione ha stabilito che la mancata informazione nel contratto preliminare di un procedimento esecutivo sull'immobile oggetto di compravendita determina un "grave inadempimento di carattere definitivo".

La circostanza che il recesso sia stato esercitato prima del termine stabilito nel preliminare viene considerata ininfluenza a fronte del grave inadempimento dell'altro contraente, escludendo che la sua gravità venisse meno in ragione della possibilità dedotta dal venditore di rimuovere la trascrizione pregiudizievole prima della sua scadenza.

Nel caso in esame due persone avevano concluso un contratto preliminare, e la parte venditrice aveva dichiarato che il bene promesso in vendita era libero da oneri e gravami, mentre l'immobile era da due anni sottoposto a procedura esecutiva. L'acquirente aveva versato un importo di ca. 500.000 Euro a titolo di caparra confirmatoria.

Il promissario acquirente ha subito un danno, in quanto si è trovato nell'impossibilità di ottenere un mutuo bancario che, infatti, gli era stato rifiutato dalla banca proprio per l'esistenza della procedura esecutiva.

Pertanto, il promittente venditore è stato condannato a restituire al promissario acquirente il doppio della caparra – pari a circa 1 milione di euro – ai sensi dell'art. 1385 c. 2 c.c.

È estremamente importante quindi anche per il venditore, prima della firma di ogni impegno scritto, anche se redatto da un agente immobiliare, di verificare o far verificare lo stato dell'immobile, in modo che anche l'acquirente ne abbia conoscenza al momento della sottoscrizione del preliminare.

Difficile poi in questi casi richiedere un risarcimento all'agente immobiliare incaricato, se nell'incarico non sia previsto un mandato a svolgere indagini catastali e ipotecarie. È la qualificazione del contratto come mediazione e non mandato, come puntualizzato nell'ordinanza 19294/20, che esonera dal risarcimento l'immobiliare perché nella specie manca l'incarico a svolgere indagini ipotecarie.

Riforma della Grundsteuer (imposta sugli immobili)

L'imposta sugli immobili in Germania viene riscossa dalle città e dai comuni nel cui territorio si trova l'immobile, e anche il gettito fiscale spetta esclusivamente alle città e ai comuni.

Con sentenza del 10 aprile 2018, la Corte costituzionale federale ha dichiarato incompatibili con il principio di uguaglianza della Legge fondamentale tedesca le norme di legge sull'imposta sugli immobili. Il motivo principale su cui si è basata la sentenza è stata la disparità di trattamento fiscale degli immobili dovuta al mancato aggiornamento delle basi imponibili per un lungo periodo di tempo.

In seguito alla sentenza della Corte costituzionale federale, l'imposta fondiaria deve essere riorganizzata. I precedenti "valori unitari", rimasti invariati per decenni, dovranno essere sostituiti da una nuova base di valutazione a partire dal 2025.

Tutti i proprietari, sia di piccoli appartamenti che di grandi case, di terreni edificati o non edificati, quest'anno sono obbligati quest'anno a presentare una dichiarazione dei redditi speciale all'ufficio delle imposte.

I dati immobiliari che i proprietari devono fornire nella dichiarazione dei redditi non sono regolamentati in modo uniforme a livello federale. Sebbene il Bundestag abbia adottato il cosiddetto modello federale nel 2019, gli Stati federali sono stati autorizzati a discostarsene e a sviluppare un proprio sistema.

La dichiarazione con i dati per l'accertamento dell'imposta sugli immobili dovrà essere presentata nel periodo compreso tra il 1° luglio e il 31 ottobre 2022.

La dichiarazione va presentata per via elettronica tramite il programma fiscale ELSTER. Solo in casi eccezionali può essere presentata anche in forma cartacea.

DIRITTO DEI TRASPORTI

ITALIA: importanti riforme nel settore dei trasporti e delle spedizioni

La novella del Codice Civile

Con DL n. 152/2021, convertito con modifiche nella legge n. 233/2021, sono state aggiornate e/o modificate talune norme del Codice Civile in materia di trasporto e spedizione. Le modifiche incidono sui seguenti aspetti:

- sulla limitazione al risarcimento dovuto dal vettore che in passato si riferiva esclusivamente al trasporto stradale, è stata estesa anche ad altri tipi di trasporto: per il trasporto aereo, marittimo, fluviale e ferroviario, nazionale o internazionale, si rinvia ora espressamente alle leggi speciali e alle pertinenti convenzioni internazionali (art. 1696 c.c.);
- sul trasporto intermodale, per il caso in cui – come di frequente – non sia possibile stabilire in quale fase del trasporto si sia verificata la perdita o l'avaria (art. 1696 c.c.), il vettore sarà tenuto a risarcire il danno causato entro il limite di 1 Euro/kg di

peso lordo per i trasporti nazionali e rispettivamente entro il limite di 3 Euro/kg di peso lordo per i trasporti internazionali;

- sulla contratto di spedizione, per effetto del quale lo spedizioniere può ora concludere i contratti di trasporto stipulati in esecuzione del mandato conferitogli dal mittente sia in nome proprio e per conto del mandante sia in nome e per conto del mandante stesso, anche per una pluralità di contratti di trasporto (art. 1737 c.c.);
- sugli obblighi del mittente verso lo spedizioniere di istruire in modo specifico quest'ultimo anche in merito all'aspetto della copertura assicurativa del trasporto, lasciando allo spedizioniere la scelta della migliore copertura per il caso concreto (art. 1739 c.c.);
- sulla figura dello spedizioniere-vettore, per il quale si rinvia ora espressamente alla disciplina dell'art. 1696 c.c., compresi i limiti risarcitori (art. 1741 c.c.);
- sui privilegi speciali del credito dello spedizioniere che vengono ora equiparati a quelli del vettore (art. 2761 c.c.). MB

L'impatto della guerra in Ucraina sull'Italia: lo scambio di pallet trova finalmente una prima regolamentazione

Con Decreto Legisl. dd. 21 marzo 2022, n. 21, recante misure urgenti per contrastare le conseguenze economiche e umanitarie della crisi in Ucraina, sono state introdotte, per la prima volta, disposizioni sullo scambio di pallet nei nuovi articoli 17a, 17b e 17c. La necessità di regolamentare – finalmente (sic!) – tale importante aspetto nella filiera del trasporto sorge dal fatto che sia l'Ucraina che la Russia sono importanti paesi fornitori – i.a. - di legname ed indi di pallets, forniture interrotte da febbraio a causa della guerra in corso. Per contrastare l'ulteriore aumento dei prezzi e consentire l'approvvigionamento di pallet al fine di non pregiudicare ulteriormente il settore dei trasporti, sono state stabilite regole precise per lo scambio di pallet. Qualsiasi accordo contrario alle disposizioni del decreto legge è nullo. Un dipartimento già operativo presso il Ministero dello Sviluppo Economico assumerà le relative funzioni di monitoraggio. Per maggiori informazioni si invitano i lettori a consultare la nostra homepage/blog.

ARBEITSRECHT

Krankheit während des Kündigungsschutzprozesses

In Italien hält sich hartnäckig das Gerücht, das deutsche Recht kenne die „tutela reale“ nicht, d.h. die Möglichkeit für den Arbeitnehmer, nach einer Kündigung sich „real“ auf den Arbeitsplatz zurückzuklagen; die letzten Änderungen des italienischen Rechts, die größtenteils die „tutela reale“ abgeschafft haben, orientierten sich – angeblich – an dem deutschen Modell.

Das Gegenteil ist wahr, wie viele deutsche Arbeitgeber in der Praxis erfahren müssen. Wenn der Arbeitnehmer auf seinen Arbeitsplatz keinesfalls verzichten will, können ihn auch Abfindungen in astronomischen Höhen nicht dazu zwingen.

In einem deutschen Kündigungsschutzprozess besteht neben dem Risiko, den Arbeitnehmer am Ende wieder beschäftigen zu müssen, auch das Risiko, die gesamte Vergütung für die Dauer des Prozesses nachzahlen zu müssen. Ist der Arbeitnehmer während des Prozesses gesund, ist er nicht einmal verpflichtet, seine Arbeitskraft dem Arbeitgeber mitzuteilen.

In einem deutschen Kündigungsschutzprozess besteht neben dem Risiko, den Arbeitnehmer am Ende wieder beschäftigen zu müssen, auch das Risiko, die gesamte Vergütung für die Dauer des Prozesses nachzahlen zu müssen. Ist der Arbeitnehmer während des Prozesses arbeitsunfähig war, dann ist das ausreichend; dann liegt es am Arbeitnehmer darzulegen und zu beweisen, dass er gesund war und daher Anspruch auf nachzuzahlende Arbeitsvergütung hat.

Italien: Scheinselbstständige Frisörin

Aus den offensichtlichen Gründen Sozialbeiträge zu sparen, haben die Inhaber eines florentinischen Frisörsalons ihre Angestellte in eine Aktionärin der Friseur AG verwandelt, bei einer Einlage von 504 Euro, einem Tagessatz von 15 Euro und im Übrigen Gewinnbeteiligung. Ein deutsches Arbeitsgericht hätte hier ohne große Umschweife eine Scheinselbstständigkeit erkannt, da die Frisöse, ohne auf die Geschicke der Gesellschaft Einfluss nehmen zu können, das volle unternehmerische Risiko trägt. Anders das Landgericht Florenz (16.02.2022, RG 1201/2020), das hier sehr formal argumentiert: Da die Gesellschaft ordentlich notariell errichtet wurde, der Satzungszweck zulässig und sonst nicht zu beanstanden wäre, sei die Frisöse keine Arbeitnehmerin mehr.

Deutschland: Rider haben Anspruch auf Fahrrad und Smartphone

Das neue Berufsbild der Essenzzusteller, auf dem Fahrrad oder Vespa (in Italien „Rider“ genannt) beschäftigt die Arbeitsgerichte in ganz Europa. Während – wie der Mandantenbrief berichtete – in Italien ihre Arbeitnehmereigenschaft anerkannt wurde, achten auch die deutschen Arbeitsgerichte auf angemessene Arbeitsbedingungen. Das Bundesarbeitsgericht (10.11.2021 – 5 AZR 334/21) hielt eine Klausel in einem Arbeitsvertrag mit einem „Rider“ für unzulässig, in der dem Arbeitnehmer nur ein pauschaler Aufwendersersatz für Reparaturen an seinem Fahrrad gewährt wurde. Die obersten Richter entschieden, dass der Arbeitgeber die Arbeitsmittel zu stellen habe: Ein Fahrrad und ein Smartphone!

Mindestlohn für Bereitschaftsdienst von Betreuungskräften

Neben den Ridern sind die Betreuungskräfte (in Italien: Badanti) eine durchaus schützenswerte Kategorie. In Deutschland wenden sich ältere Menschen, die zu Hause betreut werden möchten, an Unternehmen, die entsprechende Pfleger zur Verfügung stellen. In Italien sind individuelle direkte Arbeitsverträge zwischen Pflegebedürftigen und Pfleger mehr verbreitet.

Das Bundesarbeitsgericht (24.06.2021, 5 AZR 505/20) hatte einen Rechtsstreit zwischen einer bulgarischen Pflegerin und einem bulgarischen Unternehmen zu entscheiden; die Zuständigkeit des deutschen Gerichts ergab sich aus dem Arbeitsort Deutschland, die Anwendbarkeit des zwingenden deutschen Rechts aus Art 8 Rom II Verordnung. Die ausführlich begründete und interessante Entscheidung führt aus, dass Pflegekräfte (Badanti), die in einem Privathaushalt beschäftigt sind, den gesetzlichen Mindestlohn (in Deutschland ab 01.09.2022, 12 Euro/h) nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch während des Bereitschaftsdienstes beanspruchen können.

Das dahinterstehende soziale Problem ist nicht einfach zu lösen. Ältere Menschen, die nicht ins Altersheim wollen, werden sich eine persönliche Hilfe zuhause nicht mehr leisten können.

Meldepflichten bei Arbeitsunfähigkeit

Sobald der italienische Arbeitnehmer, der sich in Arbeitsunfähigkeit befindet, auch nur vorübergehend seinen Aufenthaltsort wechselt, hat er diesen nicht nur der Krankenkasse mitzuteilen, sondern auch dem Arbeitgeber.

Die Entscheidung des Kassationshofs (25.11.2021, 36729/21) bietet Anlass, daran zu erinnern, dass in diesem Bereich das italienische Recht vom deutschen erheblich abweicht. Nach italienischem Recht hat der Arbeitnehmer grundsätzlich während seiner Krankheit zu Hause zu bleiben und muss sogar Kontrollbesuche des Arbeitgebers dulden. Demgegenüber ist der deutsche Arbeitnehmer in der Wahl seines Aufenthaltsortes vollkommen frei. Bei Zweifeln über die tatsächliche Arbeitsunfähigkeit hat der deutsche Arbeitgeber nur die Möglichkeit, die Krankenkasse um eine vertrauensärztliche Untersuchung zu bitten.

Lokführer mit einminütiger Verspätung: Lohnabzug

Eine ganz andere Welt ist das japanische Arbeitsrecht. Ein Lokführer hatte sich im Gleis zunächst geirrt und fuhr mit einer einminütigen Verspätung auf das richtige Gleis ein. Der japanische Arbeitgeber, der die Eisenbahn betreibt, behielt für diese 1 Minute den Lohn ein, da der Lokomotivführer während der verwechsellten Einfahrt nicht für die Gesellschaft gearbeitet habe. Immerhin hat das japanische Arbeitsgericht nach einer offensichtlich längeren Prozessdauer, die der arme Lokomotivführer nicht bis zum Ende erleben durfte, ihm den fehlenden Lohn zugesprochen. Aus der Prozessdauer ist zu entnehmen, dass der Fall jedenfalls nicht von Anfang an klar war (Quelle: dpa, Lars Nicolaysen).

GESELLSCHAFTSRECHT

Insolvenz: Haftung der Geschäftsführer einer italienischen Kapitalgesellschaft

Die Haftungsregeln für Geschäftsführer im Falle einer Insolvenzverschleppung nähern sich in Deutschland und in Italien aneinander an. In Italien ist im Jahre 2019 die Vorschrift des Art. 2482 italienisches Zivilgesetzbuch ergänzt worden. Danach haftet der Geschäftsführer, der einen Auflösungsgrund der Gesellschaft nicht beachtet hat - und beispielsweise eine unterkapitalisierte Gesellschaft weiterführt – für den sich aus der Weiterführung ergebenden Schaden. In Italien ist sich die Rechtsprechung uneins, ob die Vorschrift auch Geschäftsführer treffen kann die vor Inkrafttreten der Gesetzesänderung 2019 gehandelt haben. Es wird unter anderem argumentiert, dass die Vorschrift materiell nichts Neues eingeführt habe, sodass das Rückwirkungsverbot nicht gelten würde (Quelle: Sole 24 ore vom 27.12.2021.)

Englischsprachige Verhandlungen vor deutschen Gerichten

Mittlerweile haben die Landgerichte Berlin, Bonn, Frankfurt am Main, Hamburg und Köln englischsprachige Kammern für internationale Handels- und Wirtschaftsstreitigkeiten eingeführt. Die deutsche Justiz verspricht sich davon, eine kostengünstige – und häufig auch schnellere – Alternative zu Schiedsverfahren anzubieten. Insbesondere bei niedrigen Streitwerten kann sich die Anrufung eines deutschen ordentlichen Gerichts, englischsprachige Kammer, lohnen. Alle genannten Gerichte informieren hierüber in ihren Internetauftritten; wer auch immer einen Vertrag mit einer Schiedsklausel gestaltet, sollte auch dieses Angebot im Auge behalten.

Zustellung in Italien unwirksam - selbst bei formeller Meldeadresse

Ein Schuldner war von Italien nach Deutschland umgezogen, ohne sich an der alten italienischen Meldeadresse ordnungsgemäß abzumelden und auch ohne sich in das Melderegister der im Ausland wohnenden Italiener einzutragen (AIRE-Anagrafe Italiani residenti all'Estero). In dem der Forderung zugrunde liegenden Vertrag gab der Schuldner, um dem deutschen Gläubiger die Vollstreckung nicht zu einfach zu gestalten, seine italienische Anschrift an.

Das Landgericht Frankfurt am Main hat in einem nicht veröffentlichten Beschluss vom 15.11.2021 (21 O 237/21) die Wirksamkeit der Zustellung eines Vollstreckungsbescheides an die italienische Anschrift dennoch abgelehnt. Für die Wirksamkeit der Zustellung käme es allein auf die tatsächlichen Verhältnisse an.

Neue Arbeitsverträge erforderlich!

Vor drei Jahren hat die EU eine Arbeitsbedingungsrichtlinie (2019/1152) erlassen, die Europäische Arbeitgeber dazu verpflichtet, den Arbeitsvertrag detailliert und verständlich zu formulieren. Für die Umsetzung haben die Mitgliedsstaaten noch bis zum 31. Juli Zeit. Tausende Arbeitsverträge müssen demnach von Arbeitgebern geändert werden. Sprechen Sie uns an!

DIRITTO SOCIETARIO**Fallimento: responsabilità degli amministratori di una società di capitali**

Le disposizioni in Italia e in Germania sulla responsabilità degli amministratori in caso di insolvenza di società stanno diventando sempre più omogenee. In Italia, l'art. 2486 del Codice Civile è stata modificata nel 2019. In base a tale disposizione, gli amministratori che, non avendo accertato la sussistenza di una causa di scioglimento della società, continuano a gestire una società sottocapitalizzata, rispondono con il proprio patrimonio personale del danno derivante dalla differenza tra l'ipotetico patrimonio della società al momento del necessario scioglimento e quello al momento dell'apertura della procedura di fallimento. In altre parole, anche in Italia l'amministratore che continua ad agire per una società insolvente è personalmente responsabile.

In Italia, la giurisprudenza è divisa sul fatto se la disposizione possa riguardare anche gli amministratori che hanno agito prima dell'entrata in vigore dell'integrazione legislativa del 2019. Si sostiene, da un lato, che la disposizione non ha introdotto nessun ulteriore requisito sostanziale, per cui non si applicherebbe il divieto di retroattività (fonte: Sole 24 ore del 27/12/2021).

Udienze in lingua inglese nei tribunali tedeschi

I tribunali regionali di Berlino, Bonn, Francoforte sul Meno, Amburgo e Colonia hanno introdotto sezioni in lingua inglese per le controversie commerciali ed economiche internazionali. Il sistema giudiziario tedesco intende offrire un'alternativa più economica - e spesso più rapida - all'arbitrato. Soprattutto in caso di controversie di importo modesto, può valere la pena di rivolgersi a un tribunale ordinario tedesco, sezione in lingua inglese. Tutti i tribunali citati forniscono informazioni al riguardo sui loro siti web; chi redige un contratto con una clausola arbitrale dovrebbe tenere d'occhio anche questa opportunità.

Notifica in Italia inefficace - anche con indirizzo di residenza formale

Un debitore si era trasferito dall'Italia in Germania senza essersi regolarmente cancellato dal vecchio indirizzo anagrafico italiano e senza essersi iscritto all'AIRE (Anagrafe Italiani residenti all'Estero). Nel contratto, fonte del credito, il debitore ha indicato il suo indirizzo italiano per non rendere troppo facile l'esecuzione al creditore tedesco.

In una decisione, non pubblicata, del 15.11.2021 (21 O 237/21), il Tribunale regionale di Francoforte ha tuttavia respinto la validità della notifica di un titolo esecutivo all'indirizzo italiano. Ai fini della validità della notifica rilevarebbero solo le circostanze di fatto.

Servono nuovi contratti di lavoro!

La direttiva UE relativa a condizioni di lavoro trasparenti e prevedibili (2019/1152) prevede una comunicazione chiara e trasparente nei contratti di lavoro. Il termine di attuazione scade il 31.07.2022: migliaia di contratti dovranno essere adottati. Contattateci!

DIRITTO DEL LAVORO**Malattia durante il giudizio di impugnazione del licenziamento**

In Italia permane la convinzione che la legge tedesca non conosca la "tutela reale", cioè la possibilità per il lavoratore di fare causa per riottenere concretamente il posto di lavoro dopo un licenziamento; le ultime modifiche alla legge italiana, che hanno ridimensionato le ipotesi di "tutela reale", sono state - presumibilmente! - basate sul "modello tedesco".

È vero invece il contrario, come molti datori di lavoro tedeschi devono sperimentare nella pratica. Se il dipendente non vuole in alcun modo rinunciare al suo posto di lavoro, nemmeno una indennità di fine rapporto di importo astronomico possono costringerlo a farlo.

In Germania, in caso di giudizio di impugnazione del licenziamento, oltre al rischio di dover riassumere il dipendente alla fine, c'è anche il rischio di dover pagare l'intero risarcimento per tutta la durata del processo. Se il dipendente durante il processo è sano - cioè idoneo al lavoro -, non è nemmeno obbligato a comunicare al datore di lavoro la sua capacità di lavorare.

Il Tribunale federale del lavoro (21.07.2021, 5 AZR 543/20) in questo caso ha in qualche modo favorito il datore di lavoro: se il datore di lavoro presenta prove indiziarie (ad esempio, una perizia privata di un medico aziendale) dalle quali si evince che il dipendente non era idoneo al lavoro durante il processo, questo è sufficiente; spetta poi al dipendente presentare e dimostrare che era sano e che quindi ha diritto agli arretrati.

Italia: parrucchiera autonoma fittizia

Per l'ovvia ragione di risparmiare sui contributi sociali, i proprietari di un salone di parrucchieri fiorentino hanno trasformato la loro dipendente in un'azionista della società di parrucchieri, con un contributo di 504 euro, una tariffa giornaliera di 15 euro e, incidentalmente, la partecipazione agli utili. Un tribunale del lavoro tedesco avrebbe ritenuto che si trattasse di pseudo-lavoro autonomo senza troppi giri di parole, poiché il parrucchiere, pur senza poter influenzare in alcun modo le sorti dell'azienda, si assume l'intero rischio imprenditoriale. Il Tribunale di Firenze (16.02.2022, RG 1201/2020) la vede diversamente, argomentando in modo molto formale: poiché la società era stata regolarmente costituita da un notaio e lo scopo dell'atto costitutivo era ammissibile e non contestabile, la parrucchiera non è una dipendente.

Germania: i rider hanno diritto a bicicletta e smartphone

La nuova figura professionale degli addetti alle consegne di cibo in bicicletta o in Vespa (chiamati "rider" in Italia) sta occupando i tribunali del lavoro di tutta Europa. Mentre - come già riportato in una precedente Lettera ai clienti - il loro status di dipendenti è stato riconosciuto in Italia, i tribunali del lavoro tedeschi stanno prestando attenzione alle condizioni di lavoro adeguate. La Corte federale del lavoro (10.11.201 - 5 AZR 334/21) ha ritenuto inammissibile una clausola di un contratto di lavoro con un "rider", in base alla quale al dipendente veniva riconosciuto solo un rimborso forfettario delle spese per le riparazioni della sua bicicletta. La Corte suprema ha stabi-

lito che il datore di lavoro doveva fornire l'attrezzatura di lavoro: una bicicletta e uno smartphone!

Salario minimo per le ore di reperibilità dei badanti

Oltre ai rider, anche gli addetti all'assistenza personale (in Italia, badanti) sono una categoria che merita di essere tutelata. In Germania, gli anziani che desiderano essere assistiti a domicilio si rivolgono a società che forniscono addetti all'assistenza personale. In Italia sono più comuni i contratti individuali di lavoro diretti tra assistiti e badanti.

La Corte federale del lavoro (24.06.2021, 5 AZR 505/20) ha dovuto decidere una controversia tra una badante bulgara e una società bulgara; la giurisdizione del tribunale tedesco derivava dal fatto che il luogo di lavoro era la Germania, l'applicabilità della legge tedesca era obbligatoria dall'art. 8 del regolamento Roma II. La decisione, ampiamente motivata e interessante, porta al fatto che i badanti impiegati in una famiglia privata possono richiedere il salario minimo legale (dal 01.09.2022 in Germania: 12 Euro/h) non solo durante l'orario di lavoro, ma anche durante le ore di reperibilità.

Il problema sociale di fondo non è facile da risolvere. Gli anziani che non vogliono andare in una casa di riposo non potranno più permettersi un aiuto personale a domicilio.

Obblighi di comunicazione in caso di inabilità lavorativa

Non appena un lavoratore italiano inabile al lavoro cambia la propria residenza, anche temporanea, deve comunicarlo non solo all'INPS ma anche al datore di lavoro.

La sentenza della Corte di Cassazione (25.11.2021, 36729/21) offre l'opportunità di ricordare che in questo settore il diritto italiano differisce in modo significativo da quello tedesco. Secondo la legge italiana, il dipendente deve in linea di principio rimanere a casa durante la malattia e deve persino tollerare le visite di controllo da parte del datore di lavoro. Al contrario, il dipendente tedesco è completamente libero di scegliere dove soggiornare. In caso di dubbio sull'effettiva incapacità lavorativa, i datori di lavoro tedeschi hanno solo la possibilità di chiedere all'ente previdenziale una visita medica.

Macchinista in ritardo di un minuto: trattenuta sullo stipendio

Il diritto del lavoro giapponese è un mondo completamente diverso. Un macchinista aveva inizialmente commesso un errore sui binari e aveva imboccato il binario corretto con un ritardo di un minuto. Il datore di lavoro giapponese, che gestisce la ferrovia, ha trattenuto il salario per questo minuto perché il macchinista non aveva lavorato per l'azienda durante il cambio di percorso. Tuttavia, dopo un processo evidentemente lungo, che il povero autista non ha potuto vivere fino in fondo, il tribunale del lavoro giapponese gli ha riconosciuto il salario mancante. Dalla durata del processo si evince che il caso non era comunque chiaro fin dall'inizio (Fonte: dpa, Lars Nicolaysen).

ERBRECHT

Drei Entscheidungen des EU-Gerichtshofs zur EU-Erbrechtsverordnung (650/2012) aus September 2021

1. Am 1. September hat der EuGH mit Beschluss (C-387/20) das Vorabentscheidungsersuchen eines polnischen Notarassistenten zur Auslegung der EU-Erbrechtsverordnung mangels Klagebefugnis für unzulässig erklärt, da er in der betreffenden Rechts-sache sich nicht im Sinne von Artikel 267 AEUV für zuständig hielt.

Die dem EuGH vorgelegte Auslegungsfrage betraf das Verhältnis zwischen der Verordnung und einem bilateralen Kooperationsabkommen zwischen Polen und der Ukraine und hatte sich aus dem Einspruch eines ukrainischen Bürgers gegen die Weigerung eines Notarassistenten ergeben, ein Testament mit einer Rechtswahlklausel zu errichten.

Der EuGH beschränkte sich nicht auf eine formale Überprüfung der Qualifikation der vorliegenden Stelle, sondern bestätigte seine frühere Rechtsprechung zu den Voraussetzungen und der Eigenart des Verfahrens, in dem das Auslegungserfordernis entsteht. Entscheidend für das Gericht war insbesondere, dass der Notar nicht dazu berufen war, eine Entscheidung zur Beilegung eines Streits zwischen zwei gegensätzlichen Interessen zu treffen.

Die Entscheidung des EuGH lässt die Frage offen, ob er einen Auslegungsantrag eines Notars zur Beilegung einer Streitigkeit im Rahmen des Verfahrens zur Erteilung eines Europäischen Nachlasszeugnisses zulassen würde, für das der Notar nach nationalem Recht zuständig wäre (z. B. in Italien und Polen).

2. Die zweite Entscheidung (Urteil vom 9.9.2021 - C-277/20) befasst sich mit der Auslegung des Erbvertrages im Sinne von Art. 3 Abs. 1 Buchst. b der Erb-rechtsverordnung, der nach Auffassung des Gerichtshofs auch einen Vertrag umfasst, in dem eine Vertragspartei bestimmt, dass ein ihr gehörender Vermögenswert bei ihrem Tod auf eine andere Partei übergeht (Schenkung von Todes wegen). Der Gerichtshof führt weiter aus, dass die Beurteilung der Wirksamkeit der in einem solchen Vertrag enthaltenen Rechtswahl nicht den Vorschriften des Art. 83 Abs. 2 EuGVVO unterliegt, da es sich nicht um eine Rechtswahl handelt, die die Rechtsnachfolge von Todes wegen insgesamt betrifft, sondern nur diese Vereinbarung über die Rechtsnachfolge.

3. Schließlich befasste sich der Gerichtshof in einer dritten Entscheidung vom September (09.09.21, C-422/20) mit dem Vorabentscheidungsersuchen eines deutschen Gerichts. Ein spanisches Gericht wollte über die Erbfolge einer Person mit letztem gewöhnlichem Aufenthalt in Spanien nicht entscheiden, die 1990 ein gemeinschaftliches Testament mit ihrem Ehegatten in Deutschland errichtet hatte. Der spanische Richter war der Ansicht, dass die deutschen Gerichte besser in der Lage seien, diese Frage zu klären (vgl. Artikel 6 Buchstabe a) der Verordnung). Der EuGH ist der Auffassung, dass die spanische Entscheidung über die eigene Unzuständigkeit für die Zuständigkeit des deutschen Gerichts (gemäß Artikel 7 Buchstabe a)) als verbindlich anzusehen ist, das

daher nicht mehr überprüfen darf, ob die Voraussetzungen, nach denen sich das spanische Gericht für unzuständig erklärt hatte, erfüllt waren. Außerdem wird klargestellt, dass dieser Mechanismus auch im Falle einer fiktiven Rechtswahl nach Artikel 83 Absatz 4 der Verordnung durch eine letztwillige Verfügung vor der Anwendung der Verordnung gilt (17.08.2015).

Schutz von Pflichtteilsberechtigten – Anwendungen von Rechtsinstituten, die die eigene Rechtsordnung nicht vorsieht

Deutschland - Das Oberlandesgericht Köln (Urteil vom 22.04.2021, 24 U 77/20) hielt das englische Erbrecht gemäß Art. 35 der Erbrechtsverordnung für unvereinbar mit dem deutschen *ordre public*, da es keine Rechte für die Pflichtteilsberechtigten vorsieht, und gab der Klage des Sohnes eines britischen Staatsbürgers statt, der seit mehr als dreißig Jahren in Deutschland ansässig war und in seinem Testament englisches Recht für seine Erbfolge gewählt und dabei seinen Sohn vollständig von der Erbfolge ausgeschlossen hatte. Das Kölner Gericht stützte sich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19.04.2005 (1 BvR 1644/00), das dem Pflichtteilsrecht (Art. 14 Abs. 1 GG) Verfassungsrang gegeben hatte.

Österreich - Wir können über ein Urteil des Oberlandesgerichts Wien (25.02.2021 - 20b 214/20i) berichten, das umgekehrt eine Verletzung des österreichischen *ordre public* bei der Anwendung des englischen Erbrechts und das Fehlen von Pflichtteilsansprüchen ausschloss, allerdings in einem Fall, in dem die Verbindungen des konkreten Falls mit Österreich sehr gering waren. Der Gerichtshof wies darauf hin, dass es in der österreichischen Verfassung keinen ausdrücklichen Hinweis auf das Erbrecht gibt.

Frankreich - Frankreich hat ein spezielles Gesetz zum Schutz der Rechte von Pflichtteilsberechtigten bei Erbschaften mit internationalen Bezügen erlassen (Gesetz Nr. 2021-1109 vom 24.08.2021), das die Artikel 913 und 921 des Zivilgesetzbuchs dahingehend ändert, dass von der Erbfolge ausgeschlossene Kinder, bei denen das anwendbare ausländische Recht keinen Pflichtteilsanspruch vorsieht, nach den im französischen Recht geltenden Pflichtteilsansprüchen sich aus in Frankreich befindlichen Vermögenswerten, die vererbt wurden, befriedigen können. Diese Regel setzt voraus, dass die Kinder oder der Erblasser die Staatsangehörigkeit eines EU-Landes besaßen oder ihren Wohnsitz in einem solchen Land hatten.

Zweisprachiges Personal Arbeitnehmerüberlassung



Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

UMWELTRECHT

Tier- und Umweltschutz in Verfassungsrang

Die italienischen Volksvertreter in der Abgeordnetenkammer und im Senat haben mit Gesetz 1/2002 beschlossen, den Umweltschutz und den Tierschutz in den Art. 9 und Art 41 der italienischen Verfassung festzuschreiben und die betreffenden Artikel entsprechend anzupassen. Damit wird der Schutz der Umwelt, der biologischen Vielfalt, der Tiere und der Ökosysteme verfassungsrechtlich anerkannt und im Interesse der künftigen Generationen geschützt.

Die Aufnahme des Umweltschutzes in die italienische Verfassung war längst überfällig.

Die verfassungsrechtliche Bestimmung des Schutzes der Umwelt als autonomes Gut und einem zu bewahrenden Wert wird wichtige Auswirkungen auf das soziale Leben der Gemeinschaft und der einzelnen Bürger, auf die private und öffentliche Wirtschaft, auf die wissenschaftliche und technische Forschung und auf den Schutz der Landschaft haben.

Das Bewusstsein für Umweltschutz und ökologische Nachhaltigkeit hat bereits Einfluss auf die Produktionstätigkeit, den Handel und die Unternehmenspolitik. In diesem Zusammenhang ist das erste italienische Urteil zum Greenwashing zu erwähnen (Ord. Tribunale di Gorizia R.G. 2021/712), d.h. zu den irreführenden Marketingstrategien, die von einigen Unternehmen angewandt werden, um die Aufmerksamkeit auf die ökologische Nachhaltigkeit zu lenken und ihr Unternehmensimage zu verbessern.

In Deutschland gibt es seit 1994 den verfassungsrechtlichen Schutz der Umwelt, der 2002 um den Schutz der Tiere erweitert wurde (Art. 20a GG). Alessia Castelli (ACj)



Terence Hill als Förster

Die in Italien populäre Serie „Un passo dal Cielo“ (im BR-Fernsehen: Die Bergpolizei – Ganz nah am Himmel) hat zu einer Faninvasion der Originalschauplätze in Südtirol am Pragser Wildsee geführt. Um die Natur vor zu viel Begeisterung zu schützen, hat die Gemeinde die Zufahrtsstraße zum See zumindest einige Stunden am Tag gesperrt. Das Hotel am See war not amused und hat dagegen vor dem Verwaltungsgericht geklagt. Die letzte Instanz, der Consiglio di Stato, hat den Straßenschließungsbescheid der Gemeinde aufrechterhalten. Das der Gemeinde zustehende Ermessen, zum Schutz der Umwelt derartige Maßnahmen durchzuführen, sei rechtmäßig (Cons. Stato, 8.04.2022, Nr. 2599).

DIRITTO DELLE SUCCESSIONI

A settembre tre decisioni della Corte di Giustizia dell'UE sul Regolamento UE sulle successioni (650/2012)

1. Il primo di settembre la CGUE con ordinanza (C-387/20) ha considerato non ricevibile la domanda pregiudiziale di un coadiutore di un notaio polacco in materia di interpretazione del Regolamento Europeo sulle successioni, per carenza di legittimazione in quanto ha ritenuto che egli non avesse, nel caso di specie, la qualità di «giurisdizione», ai sensi dell'articolo 267 TFUE.

La questione interpretativa sottoposta alla CGUE verteva sui rapporti tra il Regolamento e un accordo di cooperazione bilaterale tra Polonia e Ucraina ed era sorta a seguito dell'opposizione di un cittadino ucraino contro il rifiuto del coadiutore di un notaio a stipulare un testamento con una clausola di scelta di legge.

La CGUE, senza limitarsi ad una verifica formale della qualifica dell'ente che ha sottoposto la domanda pregiudiziale, ha confermato la propria giurisprudenza precedente sui presupposti e sul carattere del procedimento in cui sarebbe sorta l'esigenza interpretativa. In particolare, per la Corte è risultato determinante che il notaio non fosse chiamato a assumere una decisione per risolvere una controversia tra due interessi contrapposti.

La decisione della CGUE lascia aperta la questione se ammetterebbe una domanda interpretativa sottoposta da un notaio, per risolvere una controversia nell'ambito della procedura per il rilascio di un Certificato di successione europeo di sua competenza ai sensi della legislazione nazionale (per es. in Italia e Polonia).

2. La seconda decisione della CGUE (sentenza 9.9.2021 – C-277/20) verte sull'interpretazione del "patto successorio" ai sensi dell'art. 3 comma 1 lett. b) del Regolamento successioni, che la Corte chiarisce comprenda anche un contratto in cui una parte contrattuale disponga che alla sua morte un bene di sua proprietà passi ad una altra parte (donazione mortis causa). La Corte specifica inoltre che la valutazione dell'efficacia della scelta di legge contenuta in tale contratto non è sottoposta alla disciplina dell'art 83 comma 2 del Regolamento, non trattandosi di scelta che riguarda l'intera successione, bensì solo quel patto successorio.

3. Infine, in una terza decisione settembrina (09.09.21, C-422/20), la Corte si è soffermata sulla richiesta pregiudiziale di un tribunale tedesco, cui la corte ha chiarito che la decisione di un tribunale spagnolo, che aveva omesso di decidere in materia successoria relativamente a una persona con ultima residenza abituale in Spagna che nel 1990 aveva fatto testamento congiunto con il coniuge in Germania, ritenendo che i giudici tedeschi fossero più adatti a decidere in merito (cfr. art. 6 lettera a del Regolamento), debba essere considerata vincolante per la competenza del giudice tedesco (ex art. 7 lettera a) che quindi non può sindacare se sussistano i presupposti sulla base dei quali il giudice spagnolo aveva declinato la propria competenza. Chiarisce inoltre

che tale meccanismo trovi anche applicazione in caso di scelta di legge fittizia ex art.83 comma 4 del Regolamento tramite una disposizione di ultima volontà anteriore all'applicazione del Regolamento (17.08.2015).

**Tutela dei legittimari – Reazioni degli ordinamenti all'applicazione di una legge straniera che non la preveda**

Germania - La Corte d'appello di Colonia (sentenza 22.04.2021, 24 U 77/20) ha ritenuto ex art. 35 del Regolamento Successioni l'incompatibilità del diritto delle successioni inglese con l'ordine public tedesco, per quanto non prevede diritti per i legittimari, e ha accolto la domanda del figlio di un cittadino britannico residente da oltre trenta anni in Germania e che in un testamento aveva scelto la legge inglese per la propria successione ed escluso il figlio. La Corte di Colonia si è basata sulla Sentenza della Corte Costituzionale tedesca del 19.04.2005 (1 BvR 1644/00) che aveva riconosciuto rango costituzionale al diritto di legittima (Art. 14 comma 1 Costituzione tedesca).

Austria - Possiamo riportare una Sentenza della Corte superiore di Vienna (25.02.2021 – 20b 214/20i) che viceversa ha escluso una violazione dell'ordine public austriaco nell'applicazione della legge di successione inglese e nell'assenza di diritti di legittima, tuttavia in un caso in cui i collegamenti della fattispecie concreta con l'Austria erano molto lievi. La Corte ha sottolineato che nella Costituzione austriaca non vi è un riferimento esplicito ai diritti ereditari

Francia - La Francia è intervenuta con una apposita legge a tutela dei diritti dei legittimari in caso di successioni con elementi di internazionalità (Legge Nr. 2021-1109 del 24.08.2021), che modifica gli articoli 913 e 921 del code civil, nel senso di permettere ai figli esclusi dalla successione, nel caso in cui la legge straniera applicabile non preveda un diritto di legittima, di soddisfare i diritti di legittima previsti ai sensi del diritto francese sui beni caduti in successione siti in Francia. Tale norma presuppone che i figli o il de cuius avessero la cittadinanza di un paese della UE, o la residenza in un paese dell'UE.

AC

DIRITTO AMBIENTALE

La tutela dell'ambiente e degli animali inserita nella Costituzione

I rappresentanti italiani alla Camera dei Deputati e al Senato hanno deciso, con la Legge 1/2002, di inserire la tutela dell'ambiente e degli animali nell'art. 9 e nell'art. 41 della Costituzione italiana e di modificare di conseguenza i relativi articoli. La tutela dell'ambiente, della biodiversità, degli animali e degli ecosistemi è quindi costituzionalmente riconosciuta e protetta nell'interesse delle generazioni future.

L'inserimento della tutela ambientale nella Costituzione italiana era atteso da tempo.

La previsione costituzionale della tutela dell'ambiente come bene autonomo e valore da preservare avrà importanti ripercussioni sulla vita sociale della comunità e dei singoli cittadini, sull'economia privata e pubblica, sulla ricerca scientifica e tecnica e sulla tutela del paesaggio.

La sensibilizzazione alla tutela dell'ambiente e alla sostenibilità ambientale sta già avendo un impatto sulle attività produttive, sul commercio e sulle politiche commerciali. In questo contesto, preme ricordare la prima sentenza italiana sul greenwashing (Tribunale Ord. di Gorizia R.G. 2021/712), ovvero sulle strategie di marketing ingannevoli utilizzate da alcune società per attirare l'attenzione sulla sostenibilità ambientale e migliorare la propria immagine aziendale.

In Germania, la tutela costituzionale dell'ambiente risale al 1994 ed è stata estesa nel 2002 alla protezione degli animali (art. 20a della Legge fondamentale (la Costituzione tedesca), Grundgesetz - GG). Alessia Castelli (AC)

**Terence Hill come guardia forestale**

La famosa serie televisiva italiana "Un passo dal Cielo" (intitolata in Germania: Die Bergpolizei – Ganz nah am Himmel) ha provocato un'invasione di fan nella location originale in Alto Adige, nel Lago di Braies. Per proteggere la natura da un eccessivo entusiasmo, il Comune ha chiuso la strada di accesso al Lago per almeno alcune ore al giorno. L'hotel sul Lago non era affatto contento e ha promosso un'azione legale dinanzi al T.A.R. Il Consiglio di Stato, organo di ultimo grado della giurisdizione amministrativa, ha confermato la decisione del Comune di chiudere la strada, ritenendo legittima la discrezionalità del Comune di adottare tali misure a tutela dell'ambiente (Cons. Stato, 08/04/2022, n. 2599).

FAMILIENRECHT

Neue europäische Vorschriften in Ehesachen – Verfahren betreffend die elterliche Sorge

Ab dem 01.08.2022 tritt die neue EU-Verordnung 2019/1119 über die Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung sowie über internationale Kindesentführung in Kraft.

Die Verordnung enthält neue Bestimmungen über die elterliche Sorge, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Fällen internationaler Kindesentführung und die automatische Anerkennung von in den Mitgliedstaaten ergangenen Entscheidungen.

Zu den wichtigsten Neuerungen, die mit der Verordnung 2019/1119 eingeführt wurden, gehören schnellere Verfahren zur Rückgabe eines Kindes in Fällen internationaler Kindesentführung, wobei die Entscheidung über die Rückgabe des Kindes innerhalb von sechs Wochen nach Beginn des Verfahrens ergehen muss sowie die Möglichkeit, auf Familienmediation oder andere alternative Streitbelegungsverfahren zurückzugreifen. In jedem Verfahren, das eine Entscheidung über das Kind betrifft, muss das Recht des Kindes auf Anhörung gewährleistet sein.

In Ehesachen wird (endlich) mit der neuen Verordnung die automatische Anerkennung von in einem Mitgliedstaat geschlossenen Trennungs- und/oder Scheidungsvereinbarungen in anderen Mitgliedstaaten eingeführt, was den Ehegatten die Möglichkeit gibt, sich durch ein alternatives Verfahren außerhalb des Gerichts zu trennen oder zu scheiden. Das Hindernis für die automatische Anerkennung sogenannter „privater Scheidungen“ zwischen den Mitgliedstaaten wird somit beseitigt, wenn die Vereinbarung bei der Behörde registriert wird.

Was Italien betrifft, so werden Trennungs- und Scheidungsvereinbarungen, die (nach dem 01.08.2022) im Wege der „negoziata assistita“ (vereinfachte anwaltsunterstützte Trennungs- bzw. Scheidungsvereinbarung) oder der „separazione o divorzio dinanzi all’Ufficiale di Stato Civile“ (vereinfachtes Verfahren vor dem Standesamt) geschlossen wurden, in den anderen Mitgliedstaaten automatisch anerkannt.

Für Urteile und Verfahren, die vor dem 01.08.2022 eingeleitet wurden, gilt weiterhin die bisherige Verordnung 2203/2001, die denselben Sachverhalt regelt.

Doppelname für Kinder

Das italienische Verfassungsgericht drängt darauf, dass alle Kinder (egal ob ehelich, unehelich geboren oder adoptiert) die Nachnamen beider Elternteile tragen können.

Auf die Klage eines italienischen Paares hat das italienische Verfassungsgericht in seinem als bahnbrechend zu bezeichnendem Urteil vom 25.04.2022 entschieden, dass Neugeborene nicht mehr automatisch den Nachnamen des Vaters tragen. In dem vom Verfassungsgericht entschiedenen Fall hat das Paar zwei vor der Ehe geborene Kinder und ein nach der Ehe geborenes Kind. Der Wunsch der Eltern, ihrem dritten Kind den Nachnamen der Mutter zu geben, wurde von den örtlichen Gerichten abgelehnt.

Das Verfassungsgericht erklärte die jeweils geltenden Regelungen für verfassungswidrig, da sie diskriminierend seien und die Identität des Kindes beeinträchtigten. Die Eltern müssen an der Wahl des Nachnamens beteiligt werden und dürfen nicht einem gesetzlichen Automatismus unterworfen werden. So erhalten die Neugeborenen den Nachnamen ihres Vaters und ihrer Mutter in der von ihnen gewünsch-

ten Reihenfolge. Entscheiden sich die Eltern für nur einen Nachnamen, können sie entweder den der Mutter oder den des Vaters wählen.

Das Urteil des Verfassungsgerichts ist historisch und stellt einen weiteren Schritt in Richtung Gleichstellung der Geschlechter in der Familie und eine stärkere Berücksichtigung des Kindeswohls dar. Der italienische Gesetzgeber ist daher aufgefordert, die Frage der doppelten Nachnamen von Kindern zu regeln.

Die Möglichkeit, Kindern einen doppelten Nachnamen zu geben, steht nun im Einklang mit anderen Rechtssystemen. Insbesondere bei gemischt-italienisch-deutschen Paaren wird es möglich sein, einen doppelten Familiennamen zu führen, auch wenn das deutsche Recht dies nicht vorsieht. Es reicht aus, dass die Eltern bei der Namensgebung die Anwendung des italienischen Rechts wählen.

Nur ein gewöhnlicher Aufenthalt bei transnationalen Ehescheidungen

Der EuGH hat sich im Urteil vom 25.11.2021 (C-289/20) erneut mit der Definition des gewöhnlichen Aufenthalts befasst und präzisiert, dass, wenn einer der Ehegatten de facto einen doppelten gewöhnlichen Aufenthalt in zwei (oder mehr) verschiedenen Staaten hat, für die Bestimmung des zuständigen internationalen Gerichts in Ehesachen gemäß Artikel 3 der Verordnung Nr. 2201/2003 der gewöhnliche Aufenthalt nur einer sein muss. Das nationale Gericht muss daher im Einzelfall die tatsächlichen Umstände ermitteln und bewerten, um den gewöhnlichen Aufenthalt zu bestimmen. Die Fälle von doppeltem oder mehrfachem gewöhnlichen Aufenthalt haben in ganz Europa erheblich zugenommen, da viele Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, im Home-Office und an beliebigen Orten zu arbeiten. VR

GEISTIGES EIGENTUM

Verteidigung von Marken im Metaverse

Wir haben in den letzten Jahren viel vom Metaverse gehört, aber was ist das eigentlich?

Der Begriff Metaverse wurde von Neal Stephenson in einem Roman aus dem Jahr 1992 geprägt und bezeichnet einen dreidimensionalen Raum, in dem sich die Menschen bewegen, Erfahrungen austauschen und miteinander interagieren können, als wären sie in der realen Welt.

Es handelt sich also um eine virtuelle Realität, in der jeder die Wahl hat, entweder seine eigene Identität zu verwenden oder eine neue digitale Identität zu schaffen (ich kenne z.B. jemanden, der im wirklichen Leben eine Glatze hat und einen Avatar mit langen Haaren geschaffen hat).

Alles, was Sie brauchen, um das Metaverse zu betreten, ist eine Internetverbindung und ein Konto auf einer der für die dezentrale Realität geschaffenen Plattformen. Menschen, die das Metaverse betreten, können mit anderen Menschen interagieren, sozialen Aktivitäten nachgehen, Häuser und Grundstücke kaufen, Produkte verkaufen oder sogar Abenteuerparks errichten, für deren Betreten sie andere Metaverse-Nutzer zur Ticket Zahlung bitten.

Auch in der virtuellen Realität ziehen sich Menschen Markenkleidung an und so nutzte Nike die Gelegenheit, Nikeland zu schaffen: eine virtuelle Stadt, in der neue Produkte getestet werden können. Das Ziel des Unternehmens ist es, Prototypen von Schuhen auf den Markt zu bringen und sie in der virtuellen Welt auszuprobieren, bevor die Massenproduktion in der realen Welt beginnt.

Die virtuelle Realität hat jedoch auch Probleme mit Verletzungen des geistigen Eigentums und unlauteren Wettbewerbspraktiken verursacht. Nike musste im Februar dieses Jahres in den Vereinigten Staaten gegen die Plattform StockX LLC klagen, die ohne Genehmigung über NFT Schuhe mit Markenzeichen verkaufte, die den von Nike entsprachen.

Die bekannte Marke beschuldigte daraufhin die Plattform, den Bekanntheitsgrad von Nike unrechtmäßig auszunutzen, um die Verbraucher über die Herkunft der Produkte zu verwirren. Der Rechtsstreit ist noch nicht entschieden. AB

Die Bewertung der immateriellen Vermögenswerte von Wirtschaftsunternehmen

Wie viele Rechte an gewerblichem und geist-

gem Eigentum können in einem Auto „versteckt“ werden?

Denken Sie an die zahlreichen Patente, angefangen bei den mechanischen Teilen des Motors, über die Sitzheizung bis hin zu den Sensoren für den toten Winkel; an das Design eines einzigen Details des Fahrzeugs, zum Beispiel die Rückleuchten des Alfa Romeo Giulietta, die Markenrechte des Herstellers oder auch an die Urheberrechte an der Modellbezeichnung des Fahrzeugs oder auch nur an die Werbeslogans. Dies sind nur einige Beispiele.

Wie viele Markenrechte „stecken“ in einem Milka-Schokoriegel?

Eine Wortmarke: Milka; mehrere Bildmarken: nicht nur die Milka-Kuh, sondern auch der besondere Schriftzug; eine Farbmarke: der besondere Lila-Ton, der dem Verbraucher die Marke sofort ins Gedächtnis ruft. Eine Formmarke: Für das ästhetische Erscheinungsbild der Schokoladentafel.

Beginnen auch Sie mit dem Schutz Ihrer immateriellen Güter. Unser IT-Team hilft Ihnen dabei!

AB.

DIRITTO DI FAMIGLIA

Nuove regole europee in materia matrimoniale e di responsabilità genitoriale

A partire dal 01.08.2022 entrerà in vigore il nuovo regolamento UE 2019/1119 relativo alla competenza, al riconoscimento e all'esecuzione delle decisioni in materia matrimoniale e in materia di responsabilità genitoriale, e alla sottrazione internazionale di minori.

Il regolamento introduce nuove disposizioni in materia di responsabilità genitoriale, maggiore cooperazione tra gli Stati Membri in caso di sottrazione internazionale di minore e di riconoscimento automatico delle decisioni emesse negli Stati membri.

Tra le novità più importanti introdotte dal regolamento 2019/1119 si segnalano: maggiore celerità del procedimento di rientro di minore in caso di sottrazione internazionale, per cui la decisione sul rientro del minore deve essere emessa, entro 6 settimane dall'inizio del procedimento, possibilità di adire la mediazione familiare o altre procedure di risoluzione alternativa delle controversie. In ogni procedimento che riguarda una decisione sul minore deve essere previsto il suo ascolto.

In materia matrimoniale il regolamento introduce (finalmente) il riconoscimento negli altri Stati membri degli accordi di separazione e/o divorzio conclusi in uno Stato membro, che prevede la possibilità dei coniugi di separarsi o divorziare mediante procedure alternative al tribunale. L'ostacolo al riconoscimento automatico tra gli Stati membri dei cosiddetti "divorzi privati" sarà quindi superato, se l'accordo verrà registrato presso l'autorità pubblica. Per

quanto riguarda l'Italia, saranno riconosciuti negli altri Stati membri gli accordi di separazione e divorzio conclusi (dopo il 01.08.2022) con la negoziazione assistita o con dichiarazione rilasciata all'Ufficiale di Stato Civile.

Il precedente regolamento 2203/2001, che regola le stesse materie, continuerà ad applicarsi per le decisioni pronunciate e procedimenti instaurati prima del 01.08.2022.

Doppio cognome ai figli

La Corte Costituzionale italiana spinge affinché i figli (tutti, sia nati nel che fuori dal matrimonio, sia adottati) portino i cognomi di entrambi i genitori.

In seguito al ricorso di una coppia italiana, la Corte Costituzionale ha stabilito con la sentenza del 25.04.2022, da considerarsi davvero innovativa, che i neonati non porteranno più automaticamente il cognome del padre. La coppia, nel caso deciso dalla Corte, ha due figli nati prima del matrimonio e uno nato dopo il matrimonio. Il desiderio dei genitori di dare al terzogenito anche il cognome della madre è stato respinto dai tribunali locali.

La Corte Costituzionale ha dichiarato incostituzionali le rispettive norme attuali, affermando che sono discriminatorie e dannose per l'identità del bambino. I genitori devono essere coinvolti nella scelta del cognome, non subire automatismi legali. I neonati ricevono così i cognomi del padre e della madre, nell'ordine che desiderano. Se i genitori decidono di scegliere un solo cognome, possono scegliere quello della madre o del padre.

La sentenza della Corte Costituzionale è storica e rappresenta un ulteriore passo avanti verso la parità di genere nella famiglia e la maggiore attenzione del bene del minore. Il legislatore italiano è chiamato pertanto a regolare in tal senso la materia dei doppi cognomi dei figli.

La possibilità di dare il doppio cognome ai figli si allinea tra l'altro con gli altri ordinamenti. In particolare, nelle coppie miste, italo-tedesche, sarà possibile attribuire il doppio cognome, anche se il diritto tedesco non lo prevede. Basterà scegliere, al momento dell'attribuzione del cognome l'applicazione del diritto italiano.

Residenza abituale unica nei divorzi transnazionali

La Corte di giustizia europea è intervenuta nuovamente con sentenza del 25.11.2021 (causa C-289/20) sulla definizione di residenza abituale, stabilendo che, se uno dei coniugi ha di fatto una doppia residenza abituale in due (o più) Stati diversi, ma ai fini dell'individuazione dell'autorità giudiziaria competente nelle questioni matrimoniali ai sensi dell'art. 3 del regolamento n. 2201/2003, la residenza abituale deve essere unica. Il giudice nazionale dovrà quindi individuare e valutare le circostanze di fatto, caso per caso, per individuare la residenza abituale prevalente. I casi di doppia o multipla residenza abituale sono notevolmente aumentati in tutta Europa, considerata la facoltà per molti lavoratori di lavorare in home-office.

VR

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

La difesa dei marchi nel Metaverso

Abbiamo sentito parlare tanto in questi ultimi anni di Metaverso, ma che cos'è?

La parola Metaverso è un termine che è stato coniato da Neal Stephenson in un romanzo del 1992, che indicava uno spazio tridimensionale all'interno del quale le persone fisiche potevano muoversi, condividere esperienze e interagire tra loro come se fossero nel mondo reale.

Si tratta quindi di una realtà virtuale nella quale ognuno può scegliere se usare la propria identità oppure creare una nuova identità digitale (ad esempio conosco chi nella vita reale è pelato e ha creato un avatar con una lunga chioma).

Per entrare nel Metaverso basta una connessione internet e un account su una delle piattaforme nate per la realtà decentrata. Le persone che entrano nel Metaverso possono interagire con altre persone, svolgere attività sociali, acquistare case e terreni, vendere prodotti o anche costruire parchi avventura dove far pagare il biglietto agli altri utenti del Metaverso per entrarci.

Potrà sembrare ovvio, ma anche nella realtà virtuale, come in quella reale, le persone si vestono con vestiti di marca e così il marchio Nike ha colto l'occasione per creare Nikeland: una città virtuale dove

testare nuovi prodotti. L'obiettivo che l'azienda si è proposta di perseguire è lanciare prototipi di scarpe e farle provare agli utenti nel mondo virtuale, prima di avviare una produzione di massa in quello reale.

Anche la realtà virtuale, però, si è dovuta scontrare con i problemi di violazione della proprietà intellettuale e pratiche di concorrenza sleale. Proprio la Nike, a febbraio di quest'anno, ha dovuto promuovere negli Stati Uniti una causa contro la piattaforma StockX LLC, che, senza autorizzazione, vendeva tramite NFT delle scarpe che nel loro aspetto estetico riportavano il marchio Nike.

Il noto brand ha quindi accusato la piattaforma di sfruttare illecitamente la notorietà della Nike, con la precisa volontà di generare confusione nei consumatori circa la provenienza dei prodotti. La controversia è ancora pendente, ma sicuramente questo è un indice di come le case di moda che non lo hanno ancora fatto debbano attivarsi per elaborare strategie efficaci per tutelare i propri prodotti contro la contraffazione anche nel mondo virtuale. AB

La valorizzazione degli asset immateriali dell'impresa commerciale

Quanti diritti di proprietà industriale e intellettuale si possono "nascondere" dentro un'automobile?

Pensiamo ai numerosi brevetti, partendo dalle parti meccaniche del motore, passando per il sedile riscaldato o anche i sensori angolo cieco. Al design per l'aspetto estetico anche solo di un dettaglio del veicolo, per esempio le luci posteriori della Alfa Romeo Giulietta. Pensiamo ai diritti di marchio della casa produttrice o anche ai diritti d'autore riconosciuti al nome del modello del veicolo o anche solo agli slogan pubblicitari. Questi sono solo alcuni esempi, ma c'è molto, molto di più.

Quanti diritti di marchio si possono "nascondere" dentro una tavoletta di cioccolato Milka?

Un marchio denominativo: Milka; più marchi figurativi: non solo la mucca Milka che abbiamo visto in tutte le pubblicità, ma anche il particolare font utilizzato dal brand per scrivere la parola Milka su tutti i suoi prodotti. È individuabile poi anche un marchio di colore: la particolare tonalità di viola che all'occhio del consumatore richiama immediatamente il brand. Un marchio di forma: per l'aspetto estetico della tavoletta di cioccolato.

Contattateci a info@dolce.de saremo felici di valutare con voi le strategie migliori per valorizzare la vostra attività commerciale.

AB.

FREIHEIT DES PERSONENVERKEHRS

DOLCE LAUDA ON THE ROAD UND...ONLINE!

Sobald die Beschränkungen gelockert wurden, waren unsere Anwälte bei verschiedenen Veranstaltungen und Schulungen persönlich und auch virtuell dabei.

Rodolfo Dolce und Stefano Dangel waren jeweils Moderator und Referent beim 11. Deutsch-Italienischen Anwaltsseminar vom 06.05.2022 bis 07.05.2022 in Varenna, wo *Stefano Dangel* aus seiner Erfahrung im Bereich Dieselgate einen Vortrag über Sammelklagen in Deutschland hielt.

Unter der Leitung von *Roberto Sammarchi* übernahmen *Marilena Bacci, Doriana de Luca und Angela Bonacina* Referate im Ifoa-Kurs zum Thema „Business Crisis Expert“.

Marilena Bacci wurde eingeladen, am 10. Mai in der Aula Magna der renommierten Universität der Stadt des schiefen Turms einen Vortrag über Transportrecht zu halten, insbesondere über das jüngste deutsche Gesetz zu Lieferketten, und zwar über „The German New Frontier of Sustainability Law: The Lieferkettengesetz - Any Impact on the Transport Sector?“, sie war die einzige Praktikerin in einer Gruppe renommierter Wissenschaftler.

Im Mai ist *Viviana Ramon* in drei Online-Sitzungen des Fortbildungs-Webinars der UAE (Union des Avocats Européens) in Zusammenarbeit mit der AIAF Lombardia und den Avvocati Diritti Umani zum Thema: „Der Europäisierungsprozess des Familienrechts“ über sich hinausgewachsen, indem sie zu den Themen: „Das Familiengericht in Deutschland: eine konsolidierte Realität“, „Internationale Kindesentführung: operative Hinweise“ „Alternative Streitbeilegung in Deutschland“ referierte.

Martin Cordella hielt am 28. Mai im Rahmen des Treffens der Network Partner 24 Ore (Projekt von Il Sole 24 Ore) einen ausführlichen Vortrag über den internationalen Vertrieb.

Und endlich wieder ein Treffen des World Link for Law-Netzwerks: Eine Handvoll Mitglieder kam vom 19. bis 21. Mai in Malta zusammen. Obwohl das Treffen, das von den örtlichen Kollegen Mifsud und Mifsud hervorragend organisiert wurde, dem europäischen Kontinent gewidmet war, zog es Mitglieder aus Kanada, den Vereinigten Staaten und sogar aus Australien an! *André Castelli*, Vorstandsmitglied der Vereinigung, hielt einen Vortrag über einen Rechtsstreit, der die Vollstreckung einer maltesischen Entscheidung in Italien zum Inhalt hatte und der vor einigen Jahren in Zusammenarbeit mit den Kollegen von Malcolm Mifsud glänzend gelöst wurde.

Hervorzuheben ist auch die Teilnahme unserer Kanzlei an einer einzigartigen Veranstaltung Anfang Mai, dem ersten INTERNATIONALEN FORUM ZUM ERBRECHT, das vom CRINT der Mailänder Anwaltskammer organisiert wurde, einer Online-Konferenz, an der Kollegen aus 15 verschiedenen Rechtsordnungen mit bewundernswerter Disziplin in einem dreitägigen Marathon die Besonderheiten des Rechts ihres Landes erläuterten. Das Ergebnis übertraf dank der Lebendigkeit und dem Fachwissen der Referenten die Erwartungen. Das Ganze soll demnächst als E-Book erscheinen. *André Castelli* hielt den Vortrag zum deutschen Erbrecht.

Nicht vergessen:

Marilena Bacci ist am 17. Juni in Bologna zu Gast bei der UIA International Sales and Transport Commission und der Confindustria Emiliasowie der AIGA Bologna; der Titel ihres Vortrags: „Umgang mit Nichtlieferung, Verlust oder Beschädigung von Waren; hat der Käufer nach deutschem Recht/ in Deutschland einen Direktanspruch gegen den Frachtführer?“

Angela Bonacina wird am 28.06.2022 im Online-Seminar „Le novità nella proprietà intellettuale“, organisiert von der Associazione Giovani avvocati Italiani (AIGA) sez. di Como und Associazione Italia in Testa, berichten.

Rechtsanwalt *Stefano Dangel* wird am 17/18 Juli 2022 in Seattle an der Tagung der AAJ American Association for Justice teilnehmen und einen Vortrag über Sammelklagen in Deutschland halten.

LIBERTÀ DI CIRCOLAZIONE

DOLCE LAUDA ON THE ROAD E ...ONLINE

Non appena le restrizioni dettate dal covid si sono allentate, i nostri avvocati Dolce Lauda si sono messi a disposizione in svariati eventi in presenza e anche virtuali.

Rodolfo Dolce e Stefano Dangel son stati moderatore e relatore all'11 seminario degli avvocati italo Tedeschi dal 06.05.2022 a 07.05.2022 nella splendida Varenna sul Lago di Como, *Stefano Dangel* forte della sua esperienza sul campo Dieselgate, ha esposto in materia di class action in Germania.

Coordinate da *Roberto Sammarchi, Marilena Bacci, Doriana de Luca e Angela Bonacina* hanno assunto le vesti di relatrici nel corso Ifoa sull'Esperto della Crisi d'Impresa.

Marilena Bacci è stata invitata a esporre una relazione il 10.5. presso l'aula magna della prestigiosa Università della città della torre pendente, in materia di trasporti in particolare sulla recente legge tedesca sulle catene di distribuzione, esattamente "The German New Frontier of Sustainability Law: The Lieferkettengesetz. Any Impact on the Transport Sector?", unico avvocato, in un panel di rinomati docenti universitari.

Si è superata *Viviana Ramon* nel mese di maggio, che in ben tre sessioni on line del Webinar per alta formazione della UAE (Union des Avocats Européens) in collaborazione con AIAF Lombardia e Avvocati Diritti Umani su: "Il processo di europeizzazione del diritto di famiglia", ha relazionato sui temi: "Il Tribunale della famiglia in Germania: una realtà consolidata", "Sottrazione internazionale del minore: indicazioni operative" e "Risoluzioni alternative delle controversie familiari in Germania".

Martin Cordella ha svolto il 28 maggio una approfondita relazione nell'ambito dell'incontro del Network Partner 24 Ore (Progetto de Il Sole 24 Ore) sulla distribuzione internazionale.

Finalmente ha potuto aver luogo in presenza un incontro del network World link for law: pur orfani della Conferenza annuale, che era stata prevista a Londra, un manipolo di irriducibili si è ritrovato tra il 19 e il 21 maggio a Malta, per un incontro europeo, ospitato magnificamente dai colleghi locali Mifsud e Mifsud. Nonostante fosse dedicato al continente europeo, il meeting ha attirato membri dal Canada, Stati Uniti e addirittura dall'Australia! *André Castelli*, oltre a partecipare al board, ha esposto durante la giornata dei lavori un caso giudiziario di esecuzione in Italia di una decisione maltese, brillantemente risolto qualche anno fa in collaborazione con il collega Malcolm Mifsud.

Segnaliamo anche la partecipazione del nostro studio a un evento piuttosto unico a inizio maggio, il primo Forum internazionale di diritto delle successioni (INTERNATIONAL FORUM ON INHERITANCE LAW) organizzato dal CRINT dell'Ordine di Milano, una conferenza online in cui con ammirevole senso della disciplina e dedizione, colleghi di 15 differenti giurisdizioni in una maratona di tre giorni si sono succeduti esponendo le particolarità del diritto del proprio stato. Il risultato ha superato le aspettative, grazie alla vivacità e capacità dei relatori. Il tutto dovrebbe sfociare in un e-book prossimamente. *André Castelli* ha svolto la relazione sul diritto delle successioni tedesco.

Imminenti per i nostri lettori da non perdere:

Marilena Bacci sarà a Bologna il 17 giugno, ospite dell'Università in evento organizzato dalla commissione vendita internazionale e trasporti dell'UIA e dalla Confindustria Emilia, e AIGA Bologna, questo il titolo della Sua relazione: "Dealing with non-delivery, loss or damage of goods; does the buyer have a direct action against the carrier after German law/ in Germany?"

Angela Bonacina relazionerà il 28.06.2022 nel Seminario online Le novità nella proprietà intellettuale, organizzato dall'Associazione Giovani avvocati Italiani (AIGA) sez. di Como e Associazione Italia in Testa.

Stefano Dangel sarà a Seattle a il 17/18 luglio per la convention della AAJ American Association for Justice e presenterà una relazione su Class action in Germany.

DOLCE · LAUDA
RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI
Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dlni@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dlnm@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München
Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: dlnb@dolce.it